

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6388
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mitarbeiter sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. Postzeitungslite Nr. 1167

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 27500 Exemplaren.

Inhalt.

Theorie und Praxis — Die Antwort der städtischen Arbeiter Delegation auf die Magistrationsverfügung vom 10. Juli 1906. — Die deutschen Gewerkschaftsartikler im Jahre 1905. — Leipziger Arbeiterausstände. — aus unserer Bewegung. — Anzeigen.

Theorie und Praxis.

Die Diskussion über das Protokoll der Gewerkschaftskonferenz hat jetzt, in der ersten Woche nach der Veröffentlichung, schon einen recht beträchtlichen Umfang angenommen. Fast alle größeren Parteipresseorgane haben das Protokoll ihren Lesern zugänglich gemacht und erheben sich Stellung dazu genommen. Einige Mütter wie der „Vorwärts“, „Leipziger Volkszeitung“, „Sächsische Arbeiterzeitung“ u. a. bringen ganze Artikelserien und damit wird die Diskussion noch längst nicht beendet sein; sie wird sich in der Gewerkschaftspresse, in den Revuen fortsetzen und dann die Parteipresse aufs neue wieder in Anspruch nehmen.

In der gegenwärtigen Diskussion fällt, dies mag zunächst bemerkt werden, im Vergleich zu früher eine große Ruhe und Zurückhaltung in der Art der Polemik auf. Der „Vorwärts“ selbst gibt kein schlechtes Beispiel und fast in der ganzen Parteipresse hat man es fast, die Jungbrunnenläute anzuhören. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ geht näher auf den Anspruch Polerns ein: „... ich kann sagen, nur die Art der Polemik ist es, die uns den ganzen Raum zwischen Partei und Gewerkschaften eingeengt hat.“ Sie teilt diese Ansicht nicht, wir auch nicht, aber sie sagt:

„... Wir sind nicht zimperlich und scheuen wahrlich nicht vor dem heftigen Wort. Es ist aber, was die Lobredner und Beschöniger der ererbten Parteipolemik beharrlich nicht sehen ganz und gar nicht der „anständige Ton“, dessen Verletzung beklagt wurde, es war vielmehr die Gerabridung der gesamten menschlichen und parteigenösslichen Persönlichkeit, worüber Bestürzung geschah wurde.“

„Diese Mäße der Gewerkschaftskritik ist längst von den Parteigenossen welche die Polemiker in den letzten Jahren verfolgt haben, als bedingt erklärt worden. Es ist auch gar nicht zu verstehen, daß dieses Hebel, nachdem es seine Höhe erreicht hatte und abseitig von den Parteigenossen gründlich empfunden wurde, sich neuerdings erheblich gemindert hat.“

Auch der „Vorwärts“ gibt zu, daß „manche Debatten“ in der Tat mehr zur Verwirrung als zur Klärung beitragen. Dann sagt der „Vorwärts“, nachdem er die „Anständigkeit“ gewisser Debatten zugeb, die nur „personliche Erbitterung auslösten“:

„Wir für unser Teil möchten dazu beitragen daß mit diesem Zustand der Parteidiskussion endlich einmal gebrochen wird. Wir halten es für nötig, mit klaren und klaren Worten auszusprechen wie wir zu den einzelnen Fragen stehen. Dedit ist diese Auffassung

nicht mit der anderen Genossen nun gut, so wollen wir unsere beiderseitigen Gründe vortragen und die Partei entscheiden lassen, zu welcher Auffassung sie sich bekennt.“

Das ist mal ein sehr vernünftiger Vorschlag und wir wollen hoffen, daß er bei allen parteigenösslichen Diskussionen Geltung haben möge; dann wird vieles erträglicher werden.

Auch die „Fränkische Tagespost“ findet die Form der Auseinandersetzung in unseren eigenen Reihen gerade nicht vollendet, doch sie meint, das komme wo anders auch vor und sei halt deutsche Art. Indessen die Auswüchse der Polemiker könnten verschwinden.

Hier zeigen sich also schon die vorteilhaften Wirkungen, die wir uns von der Veröffentlichung des Protokolls versprochen, und konnte man mit einer kleinen Variation ein Vömelburgisches Wort anwenden: Diesmal waren es nicht einzelne Personen, diesmal war es eine ganze Bewegung, die vorteilhaft auf die Haltung der einzelnen Parteipresseorgane einwirkte.

Die „Leipziger Volkszeitung“ freilich möchte gern diese Einwirkung vermissen, sie beruft sich auf den alten Liebtnecht:

„... Den Gelamteindruck, den die Debatte hervorrief, wollen wir hier mit den Worten eines Verehrten, wenn auch leider schon verstorbenen Parteigenossen wiedergeben. Auf dem solider Parteitag von 1903 wurden nämlich auch schon Klagen über die angebliche Schwächung der gewerkschaftlichen durch die politische Arbeiterbewegung laut, und zwar vertrat sie der Genosse Regien. Heber seine Ausführungen erteilte Liebtnecht nun so: „Ich hatte geglaubt, Regien würde Tatsachen vorbringen, aber er hat gegen Windmühlen gekämpft; er konnte keine Tatsachen vorbringen, und aus Mangel an Gründen und Gedanken ist er auf das Gebiet des Märchen, der Fiktionen gekommen. Er hat formidabel Aggeriererei getrieben überall hat er gekniffelt, alles hat er zusammengedrückt was ihn als von unserer Seite gegen die Gewerkschaftsbewegung gerichtet erschien, und bei der Auswahl seiner Beweismittel hat er eine sehr unglückliche Hand gehabt. Was ihm als Pöhl und Abneigung erscheint, ist nur die Ausgeburt seines eigenen Vorurteils. Verlebendes über die Gewerkschaftsbewegung hat uns Regien nicht gesagt. Wir haben seinen Vortrag über Gewerkschaften, deren Ziele und Geschichte zu hören bekommen — nur Angriffe, haltlose Angriffe, denn die Angegriffenen haben ihr möglichstes getan, um die Gewerkschaftsbewegung zu fördern.“

„Alles das paßt den Verhandlungen der Februarkonferenz wie angeeignet, immer mit Ausnahme der Methode, die dieser heimlichen Methode der Diskussion entgegengrät. Der Unterschied ist nur der, daß man diese Methode bei dreizehn Jahren, als die deutsche Gewerkschaftsbewegung noch überaus schwach war, immerhin verstehen konnte, während man sie heute, wo die deutschen Gewerkschaften eine wirkliche Macht bilden, nicht recht begreifen kann. Jedenfalls haben diejenigen Gewerkschaftsbeamten, die an solchen Debatten ihre Gänge finden wenn es sich darum handelt, das wichtige und in mancher Beziehung gewiß schwierige Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei sachlich zu erörtern, nicht den geringsten Anlaß, sich moralisch aufzuregen wenn ihnen einmal der intellektuelle Verwurf der Wehrlosigkeit gemacht worden ist.“

So, da hätten wir das Stichwort gefunden und wir kommen nun allmählich dahin, was wir eigentlich unter unserer heutigen Heberschrift sagen wollten. Der Modus der Leipzigerin ist aber nicht mehr ganz neu. Wenn irgend ein Gewerkschaftler gegen eine sehr unwahrscheinliche Sache seine Emphase geltend machte, z. B. gegen die Bedeutungslosigkeit der gewerk-

schäftlichen Arbeit, Vereinerlichungstheorie, Kladderadatsch usw., dann tat man sehr erhaben und sagte, indem man mit dem Zeigefinger an seine Dentierstirn tippte: Könneten, das verheißt du nicht, so was hat ja kein Mensch gesagt. Hören wir über diesen Punkt noch andere Pressstimmen.

Das „Namburger Echo“ schreibt:

Andererseits läßt sich aber aus dem Protokoll ersehen, daß bei einzelnen Gewerkschaftsführern sich eine Einseitigkeit herausgebildet hat, die bei der Beurteilung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaften notwendig zu falscher Auffassung führt. Daß dies klar zutage getreten ist und daß man also weiß, wo die Remedur einzusetzen hat, das ist die zweite gute Folge der Veröffentlichung.

Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, einzelne Meinungen, einzelne „Mittelschritte“ zu zitieren und daraus den Meinungs- ausdruck der Konferenz konstruieren. Wie mißlich es ist, mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten zu operieren, das erfahren nun bestimmte Konferenzteilnehmer selbst, z. B. durch die Konstatierung der „Leipziger Volks-Ztg.“, welche Bewandnis es mit dem als Beweis für ihre Gewerkschaftsfeindlichkeit angeführten Zitat hat. Und dieser Konstatierung werden sicherlich noch andere folgen.

Was uns viel mehr als einzelne Meinungen interessiert, das ist der Geist, der die ganzen Verhandlungen durchweht.

Ein Sozialdemokrat sollte und müßte sich stets vor Augen halten, daß die sozialdemokratische Partei die Repräsentantin der gesamten Arbeiterklasse ist, während naturgemäß die Gewerkschaft bei aller Solidarität doch in erster Linie die Interessen der Arbeiter eines bestimmten Berufes wahrzunehmen hat, und daß auf diesen Zweck ihre Organisation wie ihre Taktik berechnet ist. Es kann der Fall eintreten, daß unter einer Parteilaktion, die eine Notwendigkeit für die Masse ist, das spezielle Interesse eines Berufes, den die Gewerkschaft vertritt, zu leiden hat. Es ergibt sich dann natürlich ein Konflikt zwischen der Pflicht des Sozialdemokraten und der Pflicht des Gewerkschafters, ein Konflikt, der dem einzelnen, wenn er in führender Stellung ist, sehr schwere Stunden bereiten mag, der aber bei in Treue und Mut übergegangener sozialistischer Gesinnung seine Lösung immer zugunsten der Masse finden wird. Woher sind Fragen solcher Art in der deutschen Arbeiterbewegung praktisch noch nicht hervorgetreten. Aber die Möglichkeit liegt vor, und es ist gerade der politische Massenstreik, der die Gewerkschaften zwingen kann. Wenn man mit dem politischen Massenstreik rechnet, wenn man sich die Wahrscheinlichkeiten vor Augen hält, so ist sehr weht der Fall denkbar, daß die Masse in ihrer Gesamtheit durch den Vorstoß eine gewaltige Förderung ihrer gemeinsamen Interessen erzielt, daß aber daneben einzelne Berufe und ihre Organisationen, d. h. einzelne Gewerkschaften, im Kampf schwer geschädigt und für längere Zeit für ihre besonderen Interessen gewissermaßen außer Gesicht gesetzt werden. Demnach ist es wohl verständlich, daß die Gewerkschaftsführer an die Frage des Massenstreiks mit schwerem Herzen herantreten und seine Einreichung in die Kampfmittel des Proletariats nicht eben enthusiastisch begrüßen. Niemand würde überhäufig oder gar empört sein, wenn sie ihre sachlichen Bedenken vorbringen; die Erörterung würde dazu führen, daß schließlich in aller Ehrlichkeit die besonderen Interessen hinter die allgemeinen Interessen zurückgestellt würden. So sollte es sein.

Leider ist aber dieser Gesichtspunkt auf der Konferenz nicht eingehalten worden. Von Anfang an beherrschte meist Kleinlichkeit die Debatten. Ueber den zwingenden Punkt, nämlich über die Frage der Bedeutung des Massenstreiks für die Gewerkschaften, wurde nur so nebenher diskutiert, und auch dann nicht einmal mit sonderlich sachlichen Argumenten; dagegen nahm das Klagen über die Partei und deren Stellung einen breiten Raum ein und der unbefangene Leser wird den Eindruck gewinnen, als ob einzelnen Berufen aus den Kreisen der Gewerkschaftsbeamten die sozialdemokratische Partei zwar nicht als gegnerische Macht, aber doch als ein Verbündeter erscheine, dessen einzelne Schritte man mit größter Aufmerksamkeit über- wachen müßte.

Die „Sächsische Arbeiter Zeitung“ schreibt:

„Das Protokoll ist von hoher Bedeutung, von so hoher Bedeutung, daß wir die Frage, ob seine Veröffentlichung durch den Parteivorstand im Widerspruch zum ausdrücklichen Beschluß, der Gewerkschaftsverbände zu billigen ist, gern zurückgestellt haben möchten.“

„Indem das Protokoll von diesen Stimmungen und Meinungen der Zentralverbandsleiter aller Partei und Gewerkschafts- genossen Kenntnis gibt, ist es geeignet, bedeutsam dazu beizutragen, daß Klarheit und Wahrheit in die jetzige Situation der deutschen Arbeiterbewegung gebracht wird. Reichlich wird dies nur möglich sein, wenn man allseits den guten Willen zeigt, die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung zu fördern.“

„Die Bedeutung, die wir der Konferenz beimessen, würde ihr nicht zukommen, wenn wir den Beschluß an sie anlegen wollten, ob und wiefern sie zur Fortführung oder Vertiefung der allgemeinen Theorie der Arbeiterbewegung etwas beigetragen hat. Ware die- die Arbeit und der Zweck der Konferenz gewesen, so könnte ihr ein reichliches Ergebnis nicht zugesprochen werden. Eine schematische Darstellung der besonderen Aufgaben der Partei einerseits und der

besonderen Aufgaben der Gewerkschaften andererseits, sowie der Beziehungen, die zwischen den beiderseitigen Aufgaben bestehen und beide Bewegungen zu einer einheitlichen Arbeiterbewegung mit dem Ziel des Sozialismus verknüpfen, eine solche Darstellung ist nicht irgendwie versucht worden. Soweit aber diese Fragen der theoretischen Grundlegung immerhin gestreift wurden, sind nur recht unzureichende und widerspruchsvolle, zum Teil unklare und bedeutungs- lose Bemerkungen gefallen. Bringmann war es, der auf die Grund- ursachen der unergüchlichen Auseinandersetzungen eingehen wollte und theoretische Vertiefung der Gewerkschaftsbewegung forderte, doch er selbst hat zu diesem Zweck in seiner Rede kaum etwas beigetragen.“

Das „Offenbacher Abendblatt“ schreibt:

„... Es ist gut, daß das alles einmal von der Leber heruntergesprochen und zur Kenntnis aller Genossen gekommen ist; wenn die Gegner noch so viel Stumpfsinn daraus ziehen, so können doch wir Erkenntnis gewinnen, die Goldes wert ist.“

Nicht eben Gedankenlos, nicht wertlose theoretische Erkenntnisse finden man in dem Allenfalls, nicht wohl auch in dieser Beziehung die Gewerkschaftler zeigen, daß sie in 13 Jahren etwas gelernt haben; man lese das Protokoll vom Kölner Parteitag, besonders Regens- Rede, und vergleiche. Doch immerhin unterlaufen auch jetzt noch Oberflächlichkeiten und solche Behauptungen werden aufgestellt, die im Munde von Gewerkschaftsführern sich wunderbar genug aus- nehmen.“

Und im Schlußartikel des Vorwärts heißt es:

„... Nein, was die genannten Adressaten an manchen Ge- werkschaftsführern beklagten, war, daß sie infolge ihrer langjährigen einseitigen Betätigung auf dem Gebiete gewerkschaftlicher Kleinarbeit allmählich, und ihnen selbst ganz unmerklich, den Maß für das Große und Allgemeine verloren. Nicht, weil für sie selbst die soziale Frage gelöst war, machte sich bei ihnen ein gewisser Zug geistiger Enge und Verkümmern bemerkbar, sondern weil die sie völlig abforbierende, oft bürokratische oder rein geschäftsmäßige Tätigkeit ihrem der Beschäftigung mit größeren Problemen ent- wohnen machte in ganz natürlicher Weise ihren Dampf auf- gedrückt hatte. Schon die Wechsler weisen auf diesen geistigen Inzucht als das Ergebnis einseitiger Gewerkschaftstätigkeit hin; den Inzucht des gewöhnlichen, unrichtigen Verwaltungsbeamten und des klugen, gewiegten Kalkulators. Politischer Wechsler und Zinn für theoretische Probleme gingen diesem Inzucht vollständig ab.“

Daß auch in Deutschland die Tätigkeit zahlreicher Gewerkschafts- beamten eine derart aufdringende ist, daß ihnen gar keine Zeit mehr bleibt, sich auch noch mit politischen Dingen zu beschäftigen, hat unlängst ein Gewerkschaftsangehöriger, Genosse Lutz, Redakteur an der „Metallarbeiter Zeitung“, selbst in einem Artikel nachgewiesen. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß es Gewerkschafts- beamte gibt, auf die die Charakteristik der Diskurser der englischen Gewerkschaftsbewegung vollständig zutrifft. Aus mangelndem Ver- ständnis für die Theorie macht man aus der Not eine Tugend und erklärt die Theorie für etwas Nebenbühliches. Ein Lot Praxis sei besser als ein Scheffel Theorie — eine Platitude der Auffassung, die für den proletarischen Massenkampf geradezu verhängnisvoll werden könnte, wenn sie auch nur im Gewerkschaftsleben die Oberhand gewänne.“

Damit hätten wir die in der Hauptsache den Konferenz- teilnehmern mit Ausnahme von Moth, Genes und Simon, die als prinzipienlose Genossen deklarieren werden, erteilten Zensuren:

Alteitigkeit, Einseitigkeit; stark. Theorie (Erkenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, politischer Weltbild); schwach, sehr schwach. Wir glauben, daß viele deutsche Gewerkschaftsführer über diesen Punkt etwas anders denken und hierauf wird sich die kommende Diskussion zuwenden müssen. Man gibt auf der ganzen Linie ohne weiteres zu; die Gewerkschaftsbewegung sieht mit der Partei auf gleicher Stufe, sie ist ihr voll und ebenbürtig. Krüger war das ja manchmal etwas anders aber wir nehmen von diesen Er- klärungen Ab. Aber... die Gewerkschaftsführer sind also noch nicht genügend theoretisch durchgeföhrt, die machen noch zu viel Seitenbrünge. Die große Masse der Partei und Gewerkschaftsmitglieder, ja, das sind viel bessere Leute, die kennen keine Unterschiede zwischen Partei und Gewerkschaft, die fühlen sich eins. Das habe sich z. B. auf den meisten Verbandstagen nach Köln gezeigt. Demnach scheinen die Kritiker der Gewerkschaftsführer bei den Massen eine bessere theoretische Bildung voranzuföhren, wenn sie nicht gerade von gefundenen Zuständen reden. Wir wissen, daß ein großer Teil unserer Gewerkschaftsführer die Theorie an sich durchaus nicht gering schätzen, wie es oberflächlich betrachtet scheint, trotzdem mancher Habilitat die Theorie zeitweilig in Mißkredit gebracht hat. Wir wollen geru zugeben, daß in der Partei und Partei- presse einige Genossen mit akademischer Bildung wirken, die manchen Gewerkschaftsführer in der crassen Anwendung der

Logik überlegen sind. Wir meinen die Anwendung der unterschiedlichen Methoden eines wissenschaftlichen Schluß und Beweisverfahrens. Alle diese Genossen werden tadellos und besser als viele andere ihre Erkenntnis, die sie bereits haben, unter Anwendung induktiver und deduktiver Methoden schulgerecht beweisen können. Darauf kommt es für uns aber im Augenblick gar nicht an. Wir legen Gewicht darauf, daß gerade in sozialen und ökonomischen Dingen die Kunst der Auffindung der wahren Erkenntnis geübt wird, und da helfen sich viele Gewerkschaftsleute mit dem Konkreten und lassen ihrer Forschung sich durch den tatsächlichen Erfolg bewähren. Es kann jemand seine Erkenntnis noch so wunderschön und schulgerecht beweisen und doch kann diese Erkenntnis falsch sein.

Wir wissen wohl, unter „Theorie“ ist hier noch mehr gemeint, als die Anwendung der Logik. Kenntnis der Geschichte, Wirtschaftsgeschichte, Arbeitergeschichte, Volkswirtschaft usw. Und was die Volkswirtschaft anbetrifft, so ist da sogar eine ziemliche Vielseitigkeit vorzuziehen. Wer da nur ein „System“ oder eine Schule kennt und alles andere ignoriert, wird bald mit seinen Kenntnissen festliegen. Man weiß also in Gewerkschaftskreisen wohl zur Genüge, daß man eine gehörige Portion Theorie gebrauchen kann und über sie verfügen muß. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß es hier und da in dem einen oder anderen Punkte hapern mag. Haben aber dadurch schon unserer Kritiker ein Recht zu sagen, die Gewerkschaftsleute haben keinen blauen Schimmer höherer Erkenntnis? Nein! Aber manchem Theoretiker darf man den Vorwurf machen, daß er in seinem Wolkensfuchtsheim sitzt und sich ganz in seiner Theorie einspinnend und dabei die Willkür, die realen Verhältnisse vollständig aus den Augen verliert. Unter solchen Umständen ist es leicht verständlich, wenn in großen die gesamte Arbeiterklasse, beruhenden Fragen die Gewerkschaftsleute („Wirtschaftler“) keine Neigung verspüren, den Parteileuten („Theoretikern“) blind zu folgen. In der Partei ausgesprochene Grundsätze können dann erst für die gesamte Arbeiterbewegung allgemeine Geltung erlangen, wenn die Gewerkschaften auf die Partei den erforderlichen Einfluß haben, was am Ende gar nicht so schwierig wäre. Daraus ergibt sich aber mit erneuter Konsequenz, daß die auf gewerkschaftlicher Seite gewonnene Erkenntnis, und die wird durch die gewaltige Praxis der kommenden Jahre noch wesentlich gefördert werden, von der Theorie gebührend beachtet werden muß. Damit ist gesagt, daß die theoretischen Grundlinien gewisse Wandlungen erfahren werden. Wie wird nun der Beweis erbracht, daß die theoretischen Gewerkschaftsleute nicht viel von der Arbeiterbewegung verstehen?

Der „Vorwärts“ zitiert folgende Stelle aus der Müllerschen Rede:

„Hierbei (bei der Erzielung eines Einvernehmens) aber kann es sich unter keinen Umständen um ein Untergehen der Gewerkschaften handeln, man muß vielmehr die Parteinstanzen dazu zwingen — gehalten sie mir den Ausdruck —, daß sie anerkennen müssen die Gewerkschaftsbewegung als einen Machtfaktor, und zwar als einen gleichberechtigten, vollberechtigten Machtfaktor. Bringt man uns diese Erkenntnis entgegen, belohnt man das in der Presse, dann halte ich die Verständigung für möglich. Vor allem die Anerkennung unserer Gleichberechtigung ist die erste Vorbedingung für ein besseres Einvernehmen. Diese Anerkennung, d. h. die Anerkennung der Gleichberechtigung und Vollbürgerschaft hat zur notwendigen Folge die Anerkennung und Anerkennung unserer Verhältnisse, unserer Urteile, unserer Forderungen. Auch das muß einmal betont werden. Diese Anerkennung erfordert weiter die Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Bedingungen, vor allem der gewerkschaftlichen Möglichkeiten.“

und sagt dazu:

„Leider ging Müller in seinem Referat auf diese Thesen nicht näher ein. Zum Vortrag zerstückelte sich, statt in großen Grundlinien das seinem Ideal entsprechende Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften zu veranschaulichen, in eine Heerde und listigen Weise Aufzählung wirklicher oder eingebildeter Tugenden irgendwelcher Parteigenossen gegen die Gewerkschaften. Und da die Debatte einmal in dies Fahrwasser gebracht worden war, vermaßen auch die Diskussionsredner das von Müller Veräumte nicht mehr nachzubolen.“

Es hat wohl kein einziger Störerzeitnehmer daran gedacht, daß auf dieser Konferenz neue theoretische Grundlagen für die Arbeiterbewegung geschaffen werden sollen. Hat keiner beachtet und keiner erwartet, der sehr berechtigten Hinweis Müllers auf die Berücksichtigung gewerkschaftlicher Bedingungen und Möglichkeiten würde immerhin den Anlaß zu einer großen Gedankenschiebung bieten. Der „Vorwärts“ spinnt den Gedanken

selbst weiter und kommt dabei zu Schlüssen, auf die wir heute nicht näher einzugehen brauchen.

Nehmen wir dagegen zum Beispiel noch das Beispiel der „Leipziger Volkszeitung“:

„Es ist richtig, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses in Sachen des politischen Massenstreiks in einer Reihe von Parteiblättern angegriffen worden ist. Vernichtender als sie alle hat Genosse Vömelburg den Beschluß kritisiert, indem er auf der Geheimkonferenz erzählte, er sei sein eigentlicher Veranlasser gewesen, und zwar habe er sich dabei von der Erwägung leiten lassen, daß nach Lage der Dinge eine offizielle Stellungnahme zum politischen Massenstreik nicht zu vermeiden sei, aber daß nicht wieder, im Moment höchster Begeisterung, wie zu Paris im Jahre 1889 — Genosse Vömelburg meint den damaligen Beschluß wegen der Maßfeier — ein Beschluß gefaßt werden dürfe in einer Frage, die, wenn sie zu anderer Zeit erörtert worden sei, jedenfalls ganz anders entschieden worden wäre. Deshalb hat sich Genosse Vömelburg gesagt, daß allen Gewerkschaften die Pflicht obliege, dafür zu sorgen, daß in Sachen des Massenstreiks nichts Ähnliches geschehe und kein einseitiger Beschluß gefaßt werde.“

Hier haben wir ein besonders schlagendes Beispiel dafür, wie sehr die „Radikalen“ und „Theoretiker“ im Rechte sind, wenn sie sich dagegen wehren, daß die Gewerkschaften die für sie und die Partei notwendige Rücksicht auf die Einheit und Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung aus den Augen verlieren. Nach seinem eigenen Geständnis legt Genosse Vömelburg voraus, daß die Partei sich für die Propagierung des Massenstreiks entscheiden werde, und aus Veranlassung vor dieser ihm peinlichen Wahrheitslichkeit beantragte er beim Gewerkschaftskongress einen Beschluß, der die Propagierung des Massenstreiks verbietet. Er wollte dem Parteitag von vornherein einen Schlagbaum über den Weg legen, aus lauter Furcht vor dessen „Einseitigkeit“, und wirklich erreichte er dadurch auch eine „Zweiseitigkeit“, aber eine solche von der allerhöchsten Art, indem die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz und des Parteitages nun nach zwei Seiten auseinanderklaffen.

Genosse Vömelburg hat bei diesem eigentümlichen Vorgehen eben vollständig die Rücksicht auf die Einheit und Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung aus den Augen gelassen, also genau das getan, was von den „Radikalen“ und den „Theoretikern“ als eine, den Gewerkschaften auf einer gewissen Höhe ihrer Entwicklung drohende Gefahr beklagt worden ist und selbstverständlich auch weiterhin beklagt werden wird. Hören wir nun aber weiter? Nachdem er den „zweiseitigen Beschluß“ in Sachen des Massenstreiks beigezeichnet hatte, ist Genosse Vömelburg in einer Leipziger Versammlung gefragt worden, ob der Beschluß von Köln oder der Beschluß von Jena für ihn maßgebend sei. Auf diese Interpellation antwortete Genosse Vömelburg in der Geheimkonferenz mit Ja oder Nein, sondern mit folgendem Ausbruch sittlicher Entrüstung: „Wo wir haben uns in der Gewerkschaftsbewegung einfach unterzuordnen, andere bestimmen und wir haben zu gehorchen.“ Nun hat bisher noch niemand verlangt, daß die Gewerkschaftsbewegung sich der Arbeiterbewegung unterordnen soll, aber aus lauter Angst vor diesem Schreck gespenst, das nur in seiner Phantasie lebt, verlangt Genosse Vömelburg, daß sich die Arbeiterbewegung der Gewerkschaftsbewegung unterordnen solle. Wenn er als Mitglied eines Gewerkschaftsvorstandes dafür gestimmt hat, daß einem von ihm gefürchteten Beschluß des Parteitages ein Schlagbaum vorgelegt wird, so preist er als Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion darauf, wenn der Parteitag nun doch diesen Beschluß faßt.

Hier haben wir so ein theoretisches Rechterkünstlein. Zunächst ist zu beachten, daß „Radikale“ und „Theoretiker“ keineswegs dasselbe sind. Wir haben bekanntlich in der Partei auch Theoretiker der gemäßigten Richtung. Wir teilen Vömelburgs Auffassung durchaus mit und verstehen sein Vorgehen. Weil Vömelburg vermeiden wollte, daß von der Partei einseitig auf die Gewerkschaftsbewegung eingewirkt werde, und dies konnte nur durch die Kölner Aussprache nachdrücklich geschehen, soll er die Rücksicht auf Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung aus den Augen gelassen haben. Vömelburg wußte aus Erfahrung wie es zuweilen kommt und berief sich auf den Maßfeier beschluß von Paris 1889 und seine spätere Auslegung in Deutschland. Trotzdem in der Verbandstag z. B. auch beschlossen hat, die Arbeiterruhe am 1. Mai zu propagieren, hat die Sache doch ihren Saken. Das hat man selbst in radikalen Parteitagen gemerkt und man würde es schon viel besser gespürt haben, wenn die Parteifläche alljährlich Hunderttausende hätte für Matrasgepörrte und Gemahregelte zahlen müssen. Aber wie liegen die Dinge? Da wird bei guter Gelegenheit impulsiv auf einem Parteitag oder einem internationalen Kongress eine neue Parole ausgegeben, deren Durchführung den Gewerkschaften zur moralischen Pflicht wird. Die Gewerkschaften selbst haben jedoch vorher keine Gelegenheit gehabt zu prüfen, ob sie die Sache durchführen können. Und daraus entstehen naturgemäß schwere Differenzen. Die Gewerkschaften

schaftlichen Arbeit, Verelendungstheorie, Kladderadatsch usw., dann tat man sehr erhaben und sagte, indem man mit dem Zeigefinger an seine Bruststirn lupfte: Männchen, das verbitte ich dir nicht, so was hat ja kein Mensch gesagt. Hören wir über diesen Punkt noch andere Pressstimmen.

Das „Hamburger Echo“ schreibt:

Andererseits läßt sich aber aus dem Protokoll ersehen, daß bei einzelnen Gewerkschaftsführern sich eine Einseitigkeit herausgebildet hat, die bei der Beurteilung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaften notwendig zu falscher Auffassung führt. Daß dies klar zu Tage getreten ist und daß man also weiß, wo die Remedur einzusetzen hat, das ist die zweite gute Folge der Veröffentlichung. Wir wollen nicht in den Fehler verfallen, einzelne Äußerungen, einzelne „Straußensbrüche“ zu zitieren und daraus den Meinungs- ausdruck der Konferenz konstruieren. Wie nützlich es ist, mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten zu operieren, das erfahren nun bestimmte Konferenzteilnehmer selbst; z. B. durch die Konstatierung der „Leipziger Volks-Ztg.“, welche Verwandnis es mit dem als Beweis für ihre Gewerkschaftsfeindlichkeit angeführten Tage hat. Und dieser Konstatierung werden sicherlich noch andere folgen.

Was uns viel mehr als einzelne Äußerungen interessiert, das ist der Geist, der die ganzen Verhandlungen durchweht.

Ein Sozialdemokrat sollte und müßte sich stets vor Augen halten, daß die sozialdemokratische Partei die Repräsentantin der gesamten Arbeiterklasse ist, während naturgemäß die Gewerkschaft bei aller Solidarität doch in erster Linie die Interessen der Arbeiter eines bestimmten Berufes wahrzunehmen hat und daß auf diesen Zweck ihre Organisation wie ihre Taktik berechnet ist. Es kann der Fall eintreten, daß unter einer Parteilaktion, die eine Notwendigkeit für die Klasse ist, das freizeilige Interesse eines Berufes, den die Gewerkschaft vertritt, zu leiden hat. Da ergibt sich dann natürlich ein Konflikt zwischen der Pflicht des Sozialdemokraten und der Pflicht des Gewerkschafters, ein Konflikt, der dem einzelnen, wenn er in führender Stellung ist, sehr schwere Stunden bereiten mag, der aber bei in Rücksicht und Mut übergegangener sozialistischer Gemütsmaße seine Lösung immer zugunsten der Klasse finden wird. Woher sind Fragen solcher Art in der deutschen Arbeiterbewegung praktisch noch nicht hervorgetreten. Aber die Möglichkeit liegt vor, und es ist gerade der politische Massenstreik, der die Gewissenskonflikte bringen kann. Wenn man mit dem politischen Massenstreik rechnet, wenn man ihn die Wahrscheinlichkeiten vor Augen hält, so ist sehr wohl der Fall denkbar, daß die Klasse in ihrer Gesamtheit durch den Vorstoß eine gewaltige Förderung ihrer gemeinsamen Interessen erzielt, daß aber daneben einzelne Berufe und ihre Organisationen, d. h. einzelne Gewerkschaften, im stammf schwer geschädigt und für längere Zeit für ihre besonderen Interessen gewissermaßen außer Gefecht gesetzt werden. Demnach ist es wohl verständlich, daß die Gewerkschaftsführer an die Frage des Massenstreiks mit schwerem Herzen herantreten und seine Einreichung in die Kampfmittel des Proletariats nicht eben enthusiastisch begünstigen. Niemand würde übervorteilt oder gar empört sein, wenn sie ihre tatsächlichen Bedenken vorbringen. Die Erörterung würde dazu führen, daß schließlich in aller Öffentlichkeit die besonderen Interessen hinter die allgemeinen Interessen zurückgestellt würden. So sollte es sein.

Leider ist aber dieser Gesichtspunkt auf der Konferenz nicht eingehalten worden. Von Anfang an beherrschte mehr Kleinlichkeit die Debatten. Lieber den iringenden Punkt, nämlich über die Frage der Bedeutung des Massenstreiks für die Gewerkschaften, wurde nur so nebenher diskutiert, und auch dann nicht einmal mit sonderlich sachlichen Argumenten; dagegen nahm das Klagen über die Partei und deren Stellung einen breiten Raum ein und der unbefangene Leser wird den Eindruck gewinnen, als ob einzelnen Personen aus den Kreisen der Gewerkschaftsbeamten die sozialdemokratische Partei zwar nicht als gegnerische Macht, aber doch als ein Verbündeter erscheine, dessen einzelne Schritte man mit größter Aufmerksamkeit über- wachen müsse.

Die „Sächsische Arbeiter Zeitung“ schreibt:

„Das Protokoll ist von hoher Bedeutung, von so hoher Bedeutung, daß wir die Frage, ob seine Veröffentlichung durch den Parteivorstand im Widerspruch zum ausdrücklichen Beschlusse der Gewerkschaftsverbände zu billigen ist, gern zurückgestellt sehen möchten.“

Indem das Protokoll von diesen Stimmungen und Meinungen der Zentralverbandsleiter aller Partei und Gewerkschafts- gewerkschaften stammig ist, ist es geeignet, bedeutsam dazu beizutragen, daß Klarheit und Wahrheit in die jetzige Situation der deutschen Arbeiterbewegung gebracht wird. Freilich wird dies nur möglich sein, wenn man allseitig den guten Willen zeigt, die Einseitigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung zu fördern.

Die Bedeutung, die wir der Konferenz beimessen, würde ihr nicht zukommen, wenn wir den Maßstab an sie anlegen wollten, ob und wiefern sie zur Fortführung oder Vertiefung der allgemeinen Theorie der Arbeiterbewegung etwas beigetragen hat. Ware die die Abmildung der Streit der Konferenz gewesen, so könnte ihr ein reichliches Ergebnis nicht zugesprochen werden. Eine systematische Darstellung der besonderen Aufgaben der Partei einerseits und der

besonderen Aufgaben der Gewerkschaften andererseits, sowie der Beziehungen, die zwischen den beiden Aufgaben bestehen und beide Bewegungen zu einer einheitlichen Arbeiterbewegung mit dem Ziel des Sozialismus verknüpfen, eine solche Darstellung ist nicht irgendwie versucht worden. Soweit aber diese Fragen der theoretischen Grundlegung immerhin gelehrt wurden, sind nur recht unzureichende und widerspruchsvolle, zum Teil unklare und bedenkliche Bemerkungen gefallen. Primarum war es, der auf die Grund- urkunden der unerschütterlichen Auseinandersetzungen eingehen wollte und theoretische Vertiefung der Gewerkschaftsbewegung forderte, doch er selbst hat zu diesem Werk in seiner Rede kaum etwas beigetragen.“

Das „Offenbacher Abendblatt“ schreibt:

„Es ist gut, daß das alles einmal von der Feder herübergeleitet und so viel Kenntnis aller Genossen gekommen ist; wenn die Gegner noch so viel Aufsehergeld daraus machen, so können doch wir Erkenntnis gewinnen, die Geldes wert ist.“

Nicht eben Gedankenlos, nicht wertvolle theoretische Erkenntnisse fude man in dem Aktenstück, wieviel auch in dieser Beziehung die Gewerkschaftler zeigen, daß sie in 13 Jahren etwas gelernt haben: Man lese das Protokoll vom 13. Februar, besonders Legatus Rede, und vergleiche. Doch immerhin unterlaufen auch jetzt noch Oberflächlichkeiten und solche Behauptungen werden aufgestellt, die im Munde von Gewerkschaftsführern sich wunderbar genug aus- nehmen.

Und im Schlußartikel des Vorwärts heißt es:

Kein, was die genannten Mafnahmen an manchen Ge- werkschaftsführern beklagten, war, daß sie infolge ihrer langjährigen einseitigen Betätigung auf dem Gebiete gewerkschaftlicher Kleinarbeit allmählich, und ihnen selbst ganz unmerklich, den Blick für das Große und Allgemeine verloren. Nicht weil für sie selbst die soziale Frage gelöst war, machte sich bei ihnen ein gewisser Zug geistiger Enge und Verkümmern bemerkbar, sondern weil die sie völlig abstrahierende, oft bürokratische oder rein geschäftsmäßige Tätigkeit ihrem der Bewältigung mit größeren Problemen ent- wöhnten Intellekt in ganz natürlicher Weise ihren Stempel auf- gedrückt hatte. Schon die Wechsels weisen auf diesen geistigen Impus als das Ergebnis einseitiger Gewerkschaftstätigkeit hin: den Impus des gewinnhabenden, unächtigen Verwaltungsbeamten und des klugen, gewiegten Kalkulators. Politischer Weitsicht und Sinn für theoretische Probleme gingen diesem Impus freilich vollständig ab.

Daß auch in Deutschland die Tätigkeit zahlreicher Gewerkschafts- beamten eine derart anwundsvolle ist, daß ihnen gar keine Zeit mehr bleibt, sich auch noch mit politischen Dingen zu beschäftigen, hat unlängst ein Gewerkschaftsangehöriger, Genosse Luitpold, Metallarbeiter an der „Metallarbeiter Zeitung“, selbst in einem Artikel nachgewiesen. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß es Gewerkschafts- beamte gibt, die die Charakteristik der Bürokraten der englischen Gewerkschaftsbewegung vollständig zutrifft. Aus mangelndem Ver- ständnis für die Theorie macht man aus der Not eine Tugend und erklärt die Theorie für etwas Hebelstumpes. Ein Lot Paris sei besser als ein Scheffel Theorie eine Platitude der Auffassung, die für den proletarischen Massenkampf geradezu verhängnisvoll werden konnte, wenn sie auch nur im Gewerkschaftsleben die Überhand gewänne.

Damit hätten wir die in der Hauptsache den Konferenz- teilnehmern mit Ausnahme von Moth, Genes und Simon, die als prinzipienfeste Genossen deklarieren werden, erteilten Zensuren:

Meinlichkeit, Einseitigkeit; stark. Theorie (Erkenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, politischer Weltbild); schwach, sehr schwach. Wir glauben, daß viele deutsche Gewerkschaftsführer über diesen Punkt etwas anders denken und hierauf wird sich die kommende Diskussion inspirieren müssen. Man gibt auf der ganzen Linie ohne weiteres zu: die Gewerkschaftsbewegung steht mit der Partei auf gleicher Stufe, sie ist ihr voll und ebenbürtig. Früher war das ja manchmal etwas anders aber wir nehmen von diesen Er- klärungen Ab. Aber die Gewerkschaftsführer sind also noch nicht genügend theoretisch durchgebildet, die machen noch zu viel Seitenbrünge. Die große Masse der Partei und Gewerkschaftsmitglieder, ja, das sind viel bessere Leute, die kennen keine Unterschiede zwischen Partei und Gewerkschaft, die fühlen sich eins. Das habe ich z. B. auf den meisten Verbandsstagen nach Köln gezeigt. Demnach scheinen die Kritiker der Gewerkschaftsführer bei den Männern eine bessere theoretische Bildung voranzusetzen, wenn sie nicht gerade von geündem Instinkten reden. Wir wissen, daß ein großer Teil unserer Gewerkschaftsführer die Theorie an sich durchaus nicht gering schätzen, wie es oberflächlich betrachtet scheint, trotzdem mancher Kabulist die Theorie zeitweilig in Mißkredit gebracht hat. Wir wollen gern zugeben, daß in der Partei und Partei- presse einige Genossen mit akademischer Bildung wirken, die manchen Gewerkschaftsführer in der ersten Anwendung der

Logik überlegen sind. Wir meinen die Anwendung der unterschiedlichen Methoden eines wissenschaftlichen Schluß und Beweisverfahrens. Alle diese Genossen werden tadellos und besser als viele andere ihre Erkenntnis, die sie bereits haben, unter Anwendung induktiver und deduktiver Methoden schulgerecht beweisen können. Darauf kommt es für uns aber im Augenblick gar nicht an. Wir legen Gewicht darauf, daß gerade in sozialen und ökonomischen Dingen die Kunst der Auffindung der wahren Erkenntnis geübt wird, und da helfen sich viele Gewerkschaftsleute mit dem Konkreten und lassen ihrer Forschung sich durch den tatsächlichen Erfolg bewähren. Es kann jemand seine Erkenntnis noch so wunderschön und schulgerecht beweisen und doch kann diese Erkenntnis falsch sein.

Wir wissen wohl, unter „Theorie“ ist hier noch mehr gemeint, als die Anwendung der Logik, Kenntnis der Geschichte, Wirtschaftsgeschichte, Arbeitergeschichte, Volkswirtschaft usw. Und was die Volkswirtschaft anbetrifft, so ist da sogar eine ziemliche Vielseitigkeit vonnöten. Wer da nur ein „System“ oder eine Schule kennt und alles andere ignoriert, wird bald mit seinen Kenntnissen feilschen. Man weiß also in Gewerkschaftskreisen wohl zur Genüge, daß man eine gehörige Portion Theorie gebrauchen kann und über sie verfügen muß. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß es hier und da in dem einen oder anderen Punkte havern mag. Haben aber dadurch schon unserer Arbeiter ein Recht zu sagen, die Gewerkschaftsleute haben keinen bloßen Schimmer höherer Erkenntnis? Nein! Aber manchem Theoretiker darf man den Vorwurf machen, daß er in seinem Wolfenbütelsheim sitzt und sich ganz in seiner Theorie einsperrt und dabei die Wirklichkeit, die realen Verhältnisse vollständig aus den Augen verliert. Unter solchen Umständen ist es leicht verständlich, wenn in großen die gesamte Arbeiterklasse beruhrenden Fragen die Gewerkschaftsleute („Nichttheoretiker“) seine Neigung verspüren, den Parteileuten („Theoretikern“) blind zu folgen. In der Partei ausgesprochene Grundsätze können dann erst für die gesamte Arbeiterbewegung allgemeine Geltung erlangen, wenn die Gewerkschaften auf die Partei den erforderlichen Einfluß haben, was am Ende gar nicht so schwierig wäre. Daraus ergibt sich aber mit einiger Konsequenz, daß die auf gewerkschaftlicher Seite gewonnene Erkenntnis, und die wird durch die gewaltige Praxis der kommenden Jahre noch wesentlich gefördert werden, von der Theorie gebührend beachtet werden muß. Damit ist gesagt, daß die theoretischen Grundlinien gewisse Wandlungen erfahren werden. Wie wird nun der Beweis erbracht, daß die theoretischen Gewerkschaftsleute nicht viel von der Arbeiterbewegung verstehen?

Der „Vorwärts“ zitiert folgende Stelle aus der Müllerschen Rede:

„Hierbei (bei der Erzielung eines Einvernehmens) aber kann es sich unter keinen Umständen um ein Unterordnen der Gewerkschaften handeln. Man muß vielmehr die Parteinstanzen dazu erziehen, die getätigten Ziele mit dem Ausdruck —, daß sie anerkennen müssen die Gewerkschaftsbewegung als einen Machtfaktor, und zwar als einen gleichberechtigten, vollberechtigten Machtfaktor. Bringt man uns diese Erkenntnis entgegen, bekundet man das in der Freie, dann halte ich die Verständigung für möglich. Vor allem die Anerkennung unserer Gleichberechtigung ist die erste Vorbedingung für ein besseres Einvernehmen. Diese Anerkennung, d. h. die Anerkennung der Gleichberechtigung und Vollbürgerschaft hat zur notwendigen Folge die Anerkennung und Respektierung unserer Beschlüsse, unserer Urteile, unserer Vetos. Auch das muß einmal betont werden. Diese Anerkennung erfordert weiter die Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Bedingungen, vor allem der gewerkschaftlichen Möglichkeiten.“

und sagt dazu:

„Weiter ging Müller in seinem Referat auf diese Thesen nicht näher ein. Sein Vortrag verhielt sich u. a. in großen Grundlinien dem seinem Ideal entsprechende Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften zu veranschaulichen, in eine Kenntnis und intimeren Aufzählung wirklicher oder eingebildeter Sünden irgendwelcher Parteigenossen gegen die Gewerkschaften. Und da die Debatte einmal in dies Rahmwerk gebracht werden war, vermoden auch die Diskussionen derer, die von Müller Veräumte nicht mehr nachzählen.“

Es hat wohl kein einziger Konferenzteilnehmer daran gezweifelt, daß auf dieser Konferenz neue theoretische Grundlinien für die Arbeiterbewegung geschaffen werden sollten. Das konnte beabsichtigt und keiner erwartet. Der sehr berechtigte Hinweis Müllers auf die Berücksichtigung gewerkschaftlicher Bedingungen und Möglichkeiten würde innerhalb den Anwalt zu einer großen Gedankensreihe bieten. Der „Vorwärts“ spinnst den Gedanken

selbst weiter und kommt dabei zu Schlüssen, auf die wir heute nicht näher einzugehen brauchen.

„Nehmen wir dagegen zum Exempel noch das Beispiel der „Leipziger Volkszeitung“:

„Es ist richtig, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses in Sachen des politischen Massenstreiks in einer Reihe von Parteiblättern angegriffen worden ist. Vernehmlicher als sie alle hat Genosse Vömelburg den Beschluß kritisiert, indem er auf der Geheimkonferenz erzählte, er sei sein eigentlicher Veranlasser gewesen, und zwar habe er sich dabei von der Erwägung leiten lassen, daß nach Lage der Dinge eine offizielle Stellungnahme zum politischen Massenstreik nicht zu vermeiden sei, aber daß nicht wieder, im Moment höchster Begeisterung, wie zu Paris im Jahre 1889 — Genosse Vömelburg meint den damaligen Beschluß wegen der Maßfeier — ein Beschluß gefaßt werden dürfe in einer Frage, die, wenn sie zu anderer Zeit erörtert worden sei, jedenfalls ganz anders entschieden worden wäre. Deshalb hat sich Genosse Vömelburg gesagt, daß allen Gewerkschaften die Pflicht obliege, dafür zu sorgen, daß in Sachen des Massenstreiks nichts Ähnliches geschehe und kein einseitiger Beschluß gefaßt werde.“

Hier haben wir ein besonders schlagendes Beispiel dafür, wie sehr die „Radikalen“ und „Theoretiker“ im Rechte sind, wenn sie sich dagegen wehren, daß die Gewerkschaften die für sie und die Partei notwendige Rücksicht auf die Einheit und Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung aus den Augen verlieren. Nach seinem eigenen Geständnis legt Genosse Vömelburg voraus, daß die Partei sich für die Propagierung des Massenstreiks entscheiden werde, und aus Verorgnis vor dieser ihm peinlichen Sachentscheidung beantragte er beim Gewerkschaftskongress einen Beschluß, der die Propagierung des Massenstreiks verbietet. Er wollte dem Parteitag von vornherein einen Schlagbaum über den Weg legen, aus lauter Furcht vor dessen „Einseitigkeit“, und wirklich erreichte er dadurch auch eine „Zweitsichtigkeit“, aber eine solche von der abschätzlichen Art, indem die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz und des Parteitages nun nach zwei Seiten auseinanderklaffen.

Genosse Vömelburg hat bei diesem eigentümlichen Vorgehen eben vollständig die Rücksicht auf die Einheit und Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung aus den Augen gelassen, also genau das getan, was von den „Radikalen“ und den „Theoretikern“ als eine, den Gewerkschaften auf einer gewissen Höhe ihrer Entwicklung drohende Gefahr bekämpft worden ist und selbstverständlich auch weiterhin bekämpft werden wird. Hören wir nun aber weiter? Nachdem er den „zweitsichtigen Beschluß“ in Sachen des Massenstreiks herbeigeführt hatte, ist Genosse Vömelburg in einer Leipziger Versammlung gefragt worden, ob der Beschluß von Köln oder der Beschluß von Jena für ihn maßgebend sei. Auf diese Interpellation antwortete Genosse Vömelburg in der Geheimkonferenz nicht mit Ja oder Nein, sondern mit folgendem Ausbruch sittlicher Entrüstung: „Also wir haben uns in der Gewerkschaftsbewegung einfach untergeordnet, andere bestimmen und wir haben zu gehorchen.“ Nun hat bisher noch niemand verlangt, daß die Gewerkschaftsbewegung sich der Parteibewegung unterordnen soll, aber aus lauter Angst vor diesem Schreckgespenst, das nur in seiner Phantasie lebt, verlangt Genosse Vömelburg, daß sich die Parteibewegung der Gewerkschaftsbewegung unterordnen solle. Wenn er als Mitglied eines Gewerkschaftsvorstandes dafür gefordert hat, daß einem von ihm geführten Beschluß des Parteitages ein Schlagbaum vorgelegt wird, so preist er als Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion darauf, wenn der Parteitag nun doch diesen Beschluß faßt?

Hier haben wir so ein theoretisches Aechterkunnststück. Zunächst ist zu beachten, daß „Radikale“ und „Theoretiker“ keineswegs dasselbe sind. Wir haben bekanntlich in der Partei auch Theoretiker der gemäßigten Richtung. Wir teilen Vömelburgs Auffassung durchaus und verstehen sein Vorgehen. Weil Vömelburg vermeiden wollte, daß von der Partei einseitig auf die Gewerkschaftsbewegung eingewirkt werde, und dies konnte nur durch die Kölner Aussprache nachdrücklich geschehen, soll er die Rücksicht auf Einheitslichkeit der Arbeiterbewegung aus den Augen gelassen haben. Vömelburg wußte aus Erfahrung wie es zuweilen kommt und berief sich auf den Maßfeierbeschlusses von Paris 1889 und seine spätere Auslegung in Deutschland. Trotzdem unter Verbandstag z. B. auch beschloffen hat, die Arbeiterruhe am 1. Mai zu propagieren, hat die Sache doch ihren Saken. Das hat man selbst in radikalen Parteitagen gemerkt und man würde es schon viel besser gespürt haben, wenn die Parteifläche alljährlich Hunderttausende hätte für Massenausgeperrte und Gemäßigter zahlen müssen. Aber wie liegen die Dinge? Da wird bei guter Gelegenheit intuitiv auf einem Parteitag oder einem internationalen Kongresse eine neue Parole ausgegeben, deren Durchführung den Gewerkschaften zur moralischen Pflicht wird. Die Gewerkschaften selbst haben jedoch vorher keine Gelegenheit gehabt zu prüfen, ob sie die Sache durchzuführen können. Und daraus entstehen naturgemäß schwere Differenzen. Die Gewerkschaften

verlangen in diesen Dingen mitzuentcheiden und um dieses Recht recht deutlich zu betonen, nahmen sie in Köln entsprechend Stellung. Der Parteitag in Jena hätte sich nun sagen können, die Gewerkschaften haben in Köln so gesprochen und es empfiehlt sich daher, da das nicht grundlos geschehen sein kann, die einzelnen Organisationen zur Sache Stellung nehmen zu lassen — denn ohne deren Mitwirkung ist die Sache nicht zu machen — und mit der Generalkommission Verhandlungen einzuleiten. Vielleicht ist dann die Frage ein Jahr später schon besser gelöst. Nein, da mußte die Sache übers Knie gebrochen werden, und jetzt wo es sich herausstellt, daß die Massenstreikerei auch ihren Namen hat, sind die Gewerkschaftsführer daran schuld, ihnen fehlt der politische Weitblick und die theoretische Grundlage. Apropos! Auch als Parteigenosse, selbst als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion ist man verpflichtet, sein Veto gegen einen Beschluß einzulegen, wenn man klar sieht, daß die Durchführung total unmöglich ist oder ungehörigen Schaden für die Gesamtbewegung im Gefolge haben würde. Wir könnten noch mehr Beispiele anführen, aber wir müssen uns kurz halten.

Während der „Vorwärts“ in dem gewerkschaftlichen Spezialisismus eine gewisse Gefahr erblickt, finden wir im Gegenteil einen gewissen und sogar nicht unerheblichen Stützpunkt für die Gesamtbewegung darin. Dann empfiehlt der „Vorwärts“ mandem Praktiker Bescheidenheit und Vorsicht des Urteils über schwierige ökonomische und historische Probleme. W.-l. Diese Mahnung verdient aber auch noch auf Seiten der Theoretiker ebenso große Beachtung gegenüber den Resultaten der Forschung anderer Theoretiker. Mit Genügnung wird dann auf die Unterrichtskurse hingewiesen, die von Partei und Gewerkschaften eröffnet worden sind. Hier kann da in kurzer Zeit noch nicht geboten werden, aber sie werden doch im Laufe der Jahre beitragen zur Vertiefung des Wissens und Festigung der Theorie. Wir meinen auch, daß mehr theoretische Kenntnisse notwendig sind in unserer Bewegung und nicht nur allein bei den Gewerkschaftsfunktionären. Diesem Uebel soll ja nun nach Kräften gesteuert werden. Aber wer da die bisherigen Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaft lediglich aus gewissen Gegensätzen zwischen Theorie und Praxis ableitet, irrt sich doch. Soweit uns Gewerkschaftsführer bekannt sind, verfügen manche von ihnen über einen gehörigen Fonds theoretischen Wissens, und um all die gewaltigen Kämpfe zum guten Ende zu führen, dazu gehört doch wohl etwas mehr als die Eigenschaft eines vernücherten Kalkulators und Verwaltungsbeamten. Und dann, gibt es nicht auch vernücherte Theoretiker und vernücherte Theorien?

Trotzdem wir also vieles zugunsten der Theorie zu sagen haben, müssen wir entschieden darauf halten, daß die Resultate der Praxis gebührend beachtet werden. Sie geben der Theorie neue Nahrung und die Theorie verleiht der Praxis wieder als Gegenleistung größere Sicherheit der Aktion. Das trifft für die Gewerkschaftsbewegung sowohl als auch für die Politik zu.

Daß in diesem Sinne die Politik beeinflusst werde, wird Aufgabe der Gewerkschaften sein und darauf muß sich das Streben der Gewerkschaftsführer richten. Deshalb wird mancher von ihnen herzhast lachen, wenn er liest, daß er im Grunde genommen doch nur ein dummer Fölpel ist, der von Theorie nichts versteht und durch seine engbegrenzte Praxis schon halb verblödet ist. —

Die Antwort der städtischen Arbeiter Breslaus auf die Magistrationsverfügung vom 10. Juli 1906.

Unsere Kollegen traten am 7. August in einer Mitglieder-versammlung zusammen, um gegen die bekannten Vorgänge zu protestieren. Der Besuch war sehr gut. Verbandsekretär Wehlein referierte. Nach längerer Debatte, an der sich zwölf Redner beteiligten, wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen.

„Die am 7. August in der „Zasa“ tagende auf besuchte Mitgliederversammlung der Filiale Breslau des Deutschen Gemeindearbeiter-Verbandes erklärt nach gründlicher Beratung der Magistrationsverfügung vom 10. Juli das folgende, und zwar nach einstimmigem Beschluß:

1. Die im Gemeindearbeiter-Verbande — Filiale Breslau — organisierten städtischen Arbeiter aller Betriebsverwaltungen erkennen an und haben stets anerkannt, daß der Magistrat auf verschiedenen Gebieten Verbesserungen der Lage der städtischen Arbeiter erstrebt und auch teilweise verwirklicht hat. Auch hat dem

Magistrat innerhalb des Verbandes noch niemand den guten Willen zu diesen Reformen bestritten. Wohl aber behaupten die Versammelten, daß der Magistrat von den städtischen Beamten nicht immer wahrheitsgemäß berichtet wird. So steht es unweigerlich fest, daß eine große Zahl der städtischen Beamten, besonders Unterbeamten, noch heute entgegen dem Willen des Magistrats den Arbeitern das Koalitionsrecht verweigert. Zum Beweise werden alle derartigen Fälle jetzt den zuständigen Arbeiterausschüssen überwiesen werden.

2. Die organisierten städtischen Arbeiter verwarfen sich auch dagegen, absichtlich oder unabsichtlich Verleumdungen gegen den Magistrat oder die Vorarbeiten erhoben zu haben, ebenso wenig ist das von ihrem Leiter, dem Verbandsekretär Wehlein geschehen, allerdings beanspruchen sie für sich das Recht der Kritik, denn ohne dieses Recht würde das ihnen vom Magistrat verweigerte Koalitionsrecht für sie gar keinen Wert haben. Sie sind auch der Meinung, daß die Forderungen mit Entlassung von Seiten des Magistrats besser unterbleiben, denn die organisierten städtischen Arbeiter sind keine Kinder, die man mit der Rutte angaulen. Sie hoffen vielmehr, daß der Magistrat sich von ihrem friedfertigen und loyalen Geiste überzeugt, indem er die Vertreter des Verbandes anerkennt und mit ihnen und den Vertretern in den Arbeiterausschüssen die Lage der städtischen Arbeiter berät. Die Vertreter der Organisation sind jederzeit zu solchen Unterhandlungen bereit.

Schließlich erklärten die Versammelten noch, daß im Gemeindearbeiter-Verband — wie in jeder anderen freien Gewerkschaft — nicht einzelne Personen zu dekretieren haben, sondern daß der Wille der Mehrheit entscheidet, daß es also nicht richtig ist, daß im Gemeindearbeiter-Verband einzelne Personen — befolgt oder unbefolgt — den Ton anheben. Weiter sind die Leiter der Filiale von den Mitgliedern freigeschätzt und nicht ihnen von irgend einer Seite anzugehnen. Die sozialdemokratische Partei hat weder den Gemeindearbeiter-Verband errichtet, noch irgend welche Filiale desselben ins Leben gerufen. Wohl aber sind die meisten Mitglieder der Breslauer Filiale Sozialdemokraten und sind stolz ob ihrer Parteizugehörigkeit. Im Verbands selbst aber wird Gewerkschaftspolitik und keine Parteipolitik oder konfessionelle Politik betrieben.“

Hervorgehoben sei noch, daß die Vertrauensleute der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke im Auftrage ihrer Kollegen erklärten, daß diese ungerechtfertigte Entlassungen nicht so ruhig wie am 30. Dezember v. J. hinnehmen, sondern eventuellen Falles mit allen Mitteln — auch der Arbeits-Einstellung — beantwortet würden.

Unter „Verschiedenem“ wurde noch erwähnt, daß sich der Vaterneuwärter Josef Föpfer gegen den Verband schwer veranlassen hat und wurde deshalb einstimmig sein Ausschluss beschlossen.

Allgemeine Beileidigkeit herrschte, als berichtet wurde, wie nämlich der „berühmte“ katolische Arbeitersekretär Pull in der Diskussion mit dem Leiter des Verbandes, Wehlein, anfänglich einer Vaterneuwärter-Versammlung abgekauften hatte und infolgedessen erklärte, nie wieder mit Wehlein diskutieren zu wollen! Auch will Pull nie wieder Versammlungen des Gemeindearbeiter-Verbandes besuchen. Es hat auch keinen Zweck, dem etwas zu lernen, ist Herr Pull doch unfähig. Mag er sich also damit begnügen, Herrn Wehlein auf der Suche nach der wahren freijünglich-reaktionären Koalitionsfreiheit Fuderhülse zu leisten.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1905. *)

Mehr und mehr wenden die Gewerkschaftskartelle ihre Aufmerksamkeit dem Gebiete der Auskunftsverteilung und Rechtsbelehrung zu. Es wurden 1905 insgesamt 111 Auskunftsstellen von den Kartellen unterhalten. Von den bestehenden Arbeitersekretariaten werden 56 von den Kartellen unterhalten resp. mit Geldmitteln unterstützt. 7 Kartelle unterhalten ein eigenes Bureau.

Ein Gewerkschaftshaus wird unterhalten in folgenden Orten: Berlin, Prammischewitz, Breslau, Rassel, Charlottenburg, Mölna, Ab., Dresden, Elberfeld, Feuerbach, Frankfurt a. M., Gannau, Heidelberg, Kiel, Leipzig, Vögnitz, Plannheim, Mühlhausen i. Th., Eisenbach a. M., Plauen i. V., Solingen, Zettlin, Stralsund, Stuttgart, Trier, Wilhelmshaven und Zittau. Wenn diese Gewerkschafts- oder Volkshäuser auch nicht ausschließlich von den Gewerkschaftskartellen unterhalten werden, so ist ihre Existenz doch dem Zusammenwirken der Gewerkschaften in diesen Orten und zum Teil auch der Mitwirkung von Parteiorganisationen zu verdanken.

Gemietete Versammlungssäle haben 118 Kartelle, gegenüber 86 im Vorjahre. Eine Zentralherberge haben 44 Kartelle (20 im Vorjahre) und eine Herberge beim Gastwirt, untersteht in 227 (181 im Vorjahre) Orten der Kontrolle der Gewerkschaftskartelle.

*) Schluß aus Nummer 32.

Ein Zentralarbeitsnachweis wird unterhalten von den Kartellen in Bameln, Meerane, Sonderburg und Herbst. Eine vom Kartell verwaltete gemeinsame Bibliothek ist in 252 Orten vorhanden, 1904 in 205 Orten. Ein Lesegymnast wird von 39 Kartellen unterhalten, von denen 5 keine Bibliothek besitzen.

Eine Beschwerdekommision für Gewerbeinspektionsachen ist in 149 Kartellen vorhanden (1904: 134), 129 Kartelle haben eine Kommission für das Kost- und Logiswesen, 195 Kartelle eine Bauarbeiterschulungskommission (1904: 151) und einen Referentennachweis haben 52 Kartelle.

Die Agitation unter den Arbeiterinnen liehen sich im letzten Jahre die Kartelle etwas mehr angelegen sein, als in den Vorjahren. Wie die Statistik ergibt, hatten 1905 41, 1904 29 und 1903 26 Kartelle eine weibliche Vertrauensperson eingesetzt. Auch die Zahl der Arbeiterinnenagitationskommissionen ist von 15 in 1903 und 12 in 1904, auf 21 in 1905 gestiegen. Dieses Tätigkeitsgebiet wird von den Kartellen immer noch nicht in genügender Weise berücksichtigt.

In der Einberufung von Versammlungen zwecks allgemeiner Agitation haben die Kartelle wesentlich mehr geleistet, als im Jahre 1904. Es wurden 2102 (1904 nur 819) allgemeine Versammlungen abgehalten. Davon allein in Regensburg 91 und in Frankfurt a. M. 51. Dagegen haben 64 Kartelle keine allgemeine und 56 Kartelle überhaupt keine Versammlung einberufen. Das Jahr 1905 bot doch gewiss Agitationsstoff mehr als genug, wenn dennoch eine Anzahl keine Veranlassung nahmen, nur bei einer einzigen Gelegenheit die Arbeiterschaft zusammen zu berufen, so haben diese ihre Pflicht in geradezu unverantwortlicher Weise vernachlässigt. Die Agitation am Orte ist die erste Aufgabe der Kartelle, wo diese nicht gepflegt wird, da darf man sich nicht wundern, wenn die Bewegung nicht fortschreitet. In Großstädten, in denen die Arbeiterbewegung stark pulsiert, kann man auf die Einberufung allgemeiner Versammlungen seitens der Kartelle verzichten, weil hier die beruflichen Versammlungen schon einen imponierenden Charakter tragen und bei größeren Aktionen die Arbeitermassen sich überhaupt nicht in eine Versammlung zusammen drängen lassen. Es sind aber, abgesehen von Berlin und Nürnberg, nicht Großstädte mit einer starken, lebhaften Arbeiterbewegung, in denen seitens der Kartelle keine Versammlungen abgehalten werden, sondern es sind Orte, in denen eine intensive Agitation äußerst nötig wäre.

Die Kartelle veranstalteten im Jahre 1905 insgesamt 46 Statistiken über Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte, 21 Arbeitslosenstatistiken und 67 sonstige Erhebungen. Im Jahre 1904 veranstalteten die Kartelle insgesamt 95 statistische Erhebungen, darunter 40 Arbeitslosenstatistiken und 45 sonstige Erhebungen.

Zur Vervollständigung der Ausgaben wurden 1905 in 451 Kartellen feste Jahresbeiträge pro Mitglied der angeschlossenen Organisationen erhoben. In 7 Gewerkschaftskartellen wurden die Beiträge nach einem anderen Modus als nach Mitgliedern berechnet, erhoben, während 2 Kartelle keine festen Beiträge und 3 Kartelle überhaupt keine Beiträge erhoben. 2 Kartelle haben über die Beitragsleistung keine Angaben gemacht.

Von 31 Kartellen werden besondere Beiträge für die Unterhaltung resp. Errichtung eines Arbeitersekretariats erhoben.

Die Gesamteinnahmen der Kartelle im Jahre 1905 betragen ohne die Einnahmen aus den Streiksammlungen 512.394 M., davon aus den festen Beiträgen der Gewerkschaften 318.811 M. Ende 1904 war in 376 Kartellen ein Kassenbestand von insgesamt 209.832 M. vorhanden, so daß den Kartellen für das Jahr 1905 eine Summe von 722.226 M. zur Vervollständigung der laufenden Ausgaben zur Verfügung stand. Ausgegeben wurden von 455 Kartellen, welche diesbezügliche Angaben gemacht haben, insgesamt ohne Streikunterstützung 499.671 M. Der am Schlusse des Jahres 1905 vorhandene Kassenbestand beträgt in 442 Kartellen zusammen 258.115 M.

Es verausgabten für	1903		1904		1905	
	Stück	Wert	Stück	Wert	Stück	Wert
Agitation	280	29.163	289	40.222	358	40.773
Vertreterwahlen	134	9.856	192	24.560	175	18.787
Statistische Erhebungen	38	2.042	38	2.711	50	2.295
Verbergen und Arbeitsnachweis	21	10.058	17	8.919	38	10.348
Gewerkschaftshäuser und Versammlungssäle	18	2.781	17	53.871	46	41.883
Ausfunterteilung, Bibliotheken und Lesesäle	211	59.787	208	62.003	292	128.632
Streiks (aus der Kartellkasse)	222	60.870	217	43.076	204	34.077
Verwaltung: Gehälter, Miete, Verwaltungsmaterial, Inzerate usw.	315	66.652	299	89.246	381	95.391

Die von 290 Kartellen veranstalteten Sammlungen für Streiks und Ausfahrungen ergaben die Summe von 948.166 M. Für

Streiks am Orte wurden 194.035 M. und für auswärtige Streiks 718.757 M. verausgabt. 204 Kartelle zahlten insgesamt aus der Kartellkasse 94.077 M. Streikunterstützung und 79 Kartelle erzielten durch die Sammlungen einen Ueberschuß von zusammen 69.443 M.

Vorstehende Tabelle enthält eine Uebersicht über die Ausgaben der Kartelle in den letzten 3 Jahren. Für die Beurteilung der Tätigkeit der Kartelle bietet diese Uebersicht recht interessante Merkmale. Die Ausgaben für Agitation sind gegen das Vorjahr kaum gestiegen, obwohl die Zahl der Kartelle, die solche Ausgaben gemacht haben, 358 gegen 289 in 1904 beträgt, während 289 Kartelle rund 280 Kartelle im Jahre 1903. Auch hierdurch wird bewiesen, daß die Agitation im letzten Jahre von den Kartellen recht stiefmütterlich behandelt worden ist. Die Ausgaben für Vertreterwahlen steigen und fallen naturgemäß, je nachdem solche Wahlen, die periodisch stattfinden, in den einzelnen Jahren in Frage kommen.

Darüber, in welchem Umfange und mit welchem Erfolg die Gewerkschaftskartelle sich an den Vertreterwahlen beteiligten, enthält die Statistik keine Angaben. Das Ergebnis der diesbezüglichen Erhebungen wird, einem mehrjährigen Zeitraum umfassend, besonders bearbeitet und veröffentlicht werden.

Die Ausgaben für Ausfunterteilung und Bildungszwecke sind im letzten Jahre ganz erheblich angewachsen. Es ist sehr erfreulich, daß die Kartelle diesen Tätigkeitsgebieten immer mehr Beachtung schenken. Jedoch ist zu bemerken, daß die Errichtung von Arbeitersekretariaten wiederholt zu Streitigkeiten innerhalb der Kartelle und zum Austritt verschiedener Organisationen aus den Kartellen geführt hat, wodurch die Aktionsfähigkeit der betreffenden Kartelle sehr beeinträchtigt, teilweise für längere Zeit sogar die Agitation gänzlich lahmgelegt wurde. Von dem Standpunkt ausgehend, daß die Agitation unter keinen Umständen vernachlässigt werden darf, sollten die Vertreter der Gewerkschaften in den Kartellen die Frage stets reiflich prüfen, und die Errichtung eines Sekretariats sollte nur dann erfolgen, wenn eine Gewähr dafür geboten ist, daß sich Komplikationen daraus für die Gewerkschaften nicht ergeben. Gewiß, auch die Arbeitersekretariate haben agitatorischen Wert; wo aber diese Institute den Zankapfel der Gewerkschaften eines Ortes darstellen, da werden sie ihres agitatorischen Einflusses entleert. Streitigkeiten, ganz gleich, ob innerhalb einer Gewerkschaft oder der Gewerkschaften unter einander, sind stets nur geeignet, die Positionen unserer Gegner zu stärken und die eigene zu schwächen. Ein kräftiges Beispiel dafür sehen wir in Bameln-Elberfeld. Bergegenwärtigen wir uns, daß die christlichen Gewerkschaften, die sich mehr und mehr ausbreiten, mit Argusaugen unsere Bewegung verfolgen und jede ihnen passend erscheinende Gelegenheit ausnützen, um unsere Organisationen in Mißkredit zu bringen, damit ihr Weizen desto besser blühe, so haben wir alle Ursache, jeden kleinlichen Zwist zu vermeiden und bei allen unseren Unternehmungen uns stets nur vor dem einen Gedanken leiten zu lassen, daß die Einheit unserer gewerkschaftlichen Bewegung und die Entwicklung der klassenbewußten Arbeiterbewegung überhaupt in keiner Weise gefährdet werden darf. Welche Anstrengungen die gegnerischen Gewerkschaften machen, um an Einfluß zu gewinnen, läßt sich daran erkennen, daß die Kartelle der gegnerischen Gewerkschaften sich im letzten Jahre wieder bedeutend vermehrt haben. Nach den Berichten unserer Kartelle, die allerdings auf Vollständigkeit in dieser Beziehung keinen Anspruch machen können, bestehen in 145 Orten, in denen wir Kartelle besitzen, Ortsverbände der Christl. Unterföhrigen Gewerksvereine mit 430 Ortsvereinen und in 94 Orten Kartelle der Christlichen mit 356 Gewerkschaften. Das „Centralblatt der Christlichen Gewerkschaften“ veröffentlichte in seiner Nr. 14 vom 16. Juli 1906 ein Verzeichnis der Adressen Christlicher Ortskartelle, welches 145 Orte enthält. Neben einer Reihe kleinerer Orte Rheinlands und Westfalens, in denen wir keine Kartelle haben, sind auch die Städte Braunschweig, Bremen, Kassel, Dresden, Leipzig, sowie eine Anzahl anderer Orte genannt, in denen Kartelle der christlichen Gewerkschaften bestehen sollen, von deren Vorhandensein aber unseren Kartellen nichts bekannt zu sein scheint, sonst würden sie wohl Angaben darüber für die Statistik gemacht haben. Andererseits haben einige unserer Kartelle Angaben über christliche Kartelle am Orte gemacht, die in der Liste der Christlichen nicht mehr verzeichnet sind. Unsere Genossen in den Kartellen haben den systematischen Agitationsarbeit der Christlichen offenbar nicht die genügende Aufmerksamkeit, und doch ist es eine besondere Aufgabe der Kartelle, sich von dem Umfang genaue Kenntnis zu verschaffen. Man darf diese Bewegung durchaus nicht unterschätzen, wenn man auch noch so sehr davon überzeugt sein mag, daß sie niemals zu der Höhe sich aufzuschwingen vermag, auf der wir uns bereits befinden. Noch schreitet sie vorwärts und ihr Fortschritt muß uns ein Ansporn zu rastloser, begeisterter Agitationsfähigkeit sein.

Wenn wir auch an der Tätigkeit der Kartelle im letzten Jahre, soweit dieselbe durch die Statistik erfasst und zur Darstellung gebracht ist, in dieser oder jener Beziehung Anstellungen zu machen haben, so müssen wir doch anerkennen, daß die Kartelle im allgemeinen befreit sind, die Arbeiterbewegung zu fördern. Ist doch die Gründung eines Gewerkschaftskartells allein schon ein Beweis für die Regsamkeit der Genossen eines Ortes, und einzelne Kartelle haben wirklich schon hervorragendes auf den ihnen zugewiesenen

Tätigkeitsgebieten geleistet. Als örtliche Organisationen ist ihre Wirksamkeit mehr oder weniger erklüßten Einflüssen unterworfen und gar vieles spielt sich innerhalb der Bewegung an einem Orte ab, was dem Martell und den darin tätigen Genossen Arbeit in reichem Maße verursacht. Heber diese interne Arbeit bieten die Jahresberichte der Martelle dem, der sich eingehender mit der Sache vertraut machen will, reichliches Material.

Wir sagten schon, daß die Martelle wesentlich zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung beigetragen haben. Doch ist das allgemein nicht ihr Verdienst. Die Martelle haben fast allgemein sich zu Vereinigungen der Zweigvereine der Zentralverbände entwickelt, ihre Regulative nach Möglichkeit einheitlich gehalten und sich den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse untergeordnet. Die Konstitution der Martelle ist in eine Form gebracht, die es diesen ermöglicht, alle Fragen, die die Arbeiterschaft eines Ortes gemeinsam interessieren, mit den Vertretungen der Parteiorganisationen beraten zu können. Die Errichtung von Arbeitersekretariaten, die Beschaffung von Versammlungsräumen, die Mafseier, das alles sind Dinge, die an vielen Orten gemeinsam von den Vertretungen der Gewerkschaften und denen der Parteiorganisationen geregelt werden. Solches einheitliche Zusammenwirken beider Organisationsarten ist um so erträglicher in einer Zeit, in der von Ehrgeiz und persönlichem Haß verlagte Elemente sich der unvermeidlichen Mittel bedienen, um die Einheit der Massenbewegungen zu zerstückeln. Die Gewerkschaftskartelle sind ganz besonders geeignet, wenn sie die nötige Umsicht walten lassen, den Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, zwischen Gewerkschafts- und Parteibewegung einen steil zu streben, vorzubeugen zu können. Diesen Bestrebungen, die meistens ihren Ausgangspunkt in persönlichen Gehässigkeiten haben und von niedrigen Motiven diktiert sind, entgegenzuwirken, müssen die Martelle, wie jeder einzelne, der es ernst mit der Arbeiterbewegung meint, sich anlegen sein lassen. Und das geschieht dadurch, daß Meinungsdivergenzen stets in sachlicher Weise diskutiert, alle gehässigen Ausschüsse sofort energisch zurückgewiesen und durch Verbreitung von Bildung und Wissen die Arbeiter zu zielbewußten Massenkämpfern erzogen werden. Erziehungsanstalten sollen die Gewerkschaftskartelle sein. Das sei die Parole, nach der sich ihre gesamte Tätigkeit richtet. Erziehungsanstalten im weitestgehenden Sinne. Daß sie es zum Teil schon sind und sich mehr und mehr dazu entwickeln, beweist die Statistik über ihre Tätigkeit. Wird in dieser Richtung weiter gearbeitet, so nur zum Vorteil der Arbeiterbewegung.

L. Brunner.

Leipziger Arbeiterausschüsse.

Schon häufig haben wir im Stadtparlament von Seiten des Rates vernommen müssen: Unsere Arbeiterausschüsse funktionieren gut, wir sind mit deren Einbringung sehr zufrieden. Wie sieht es nun in Wirklichkeit damit aus? Sind auch die Arbeiter damit zufrieden?

Die Arbeiterausschüsse haben die Funktion, Wünsche und Beschwerden der Arbeiter allgemeiner Natur dem Rat zu unterbreiten. Werden sie denn nun auch, wie sie sonst von Seiten des Rates bei den Etatsberatungen gelobt werden, auch behandelt? Aus nachstehendem geht wohl zur Genüge hervor, daß das nicht immer der Fall war. Es ist sonst hin und wieder, den Ausschussvorsitzenden auf die eingegangenen Eingaben eine schriftliche Antwort zu überliefern. Der Austausch der Gasanstalten hat aber bisher noch keine solche erhalten. Zum Beispiel wurde eine Eingabe eingereicht am 11. Oktober 1904, betreffend Freischichtsystem und Gewährung einer Feuerungszulage. Trotz Anfrage im Februar 1905 ist keine Antwort ergangen. Im September 1905 wurde wiederum eine Eingabe eingereicht um eine Feuerungszulage. Antwort — kalte. Im März dieses Jahres wurde nochmals um Einführung des Freischichtsystems für Betriebsleute und des neunstündigen Arbeitstages für Handwerker, Hof- und Plazarbeiter petitioniert. Bis zum 2. Juli war noch keine Antwort in den Händen des Ausschusses. Die Gasarbeiter waren nun nicht länger geneigt, auf Antwort zu warten. Eine öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit dieser Sache. Zahlreiche Redner verurteilten auf das entschiedenste die Verhinderungsaktion des Rates den Arbeiterausschüssen gegenüber. Eine Resolution, welche ihre Mißbilligung über eine derartige Behandlung aussprach, wurde einstimmig angenommen. Es wurde noch beantragt, bis zum 15. August eine Antwort zu fordern. Sollte jedoch keine Antwort ergeben, so wird eine der nächsten Versammlungen über die weiteren Schritte zu beraten haben.

Ebenfalls sollte, wenn keine Antwort erging, der Ausschuss sein Amt niederlegen.

Der Erfolg der Versammlung war ein überaus glücklicher. Der Ausschuss kam nicht in die Lage, diese Resolution dem Rat zu übermitteln. Am 27. Juli erhielt der Ausschussvorsitzende auf seine Eingaben vom 11. Oktober 1904, 28. Februar 1905, 11. August 1905 und 28. April 1906 Antwort.

Drei Monate waren ins Land gegangen, ehe man es für nötig erachtete, die letzte Eingabe, betreffend Freischichtsystem, zu beantworten. Wie lautete denn nun diese Antwort? Hier ist der, zu ihrem Wünsche, endlich wegen der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die Tag und Nacht im Betriebe beschäftigten

Arbeiter, haben wir beidlosigen, zunächst die bestehende Einrichtung nicht zu ändern, vielmehr erst einmal abzuwarten, wie sich der Betrieb nach der Beendigung der massenhaften Transport- und Aufbereitungsanlagen gestalten wird. Diese Neueinrichtung wird für die Arbeiter zweifellos beträchtliche Erleichterungen bringen und erleichtert den Wunsch nach Besserung der Löhnen, der schon jetzt nicht bei allen Arbeitern besteht, überhaupt besichtigen. Der Rat der Stadt Leipzig. Amt für die städtischen technischen Betriebe."

So also steht die langveredelte Antwort aus, und da hat man seit dem 11. Oktober 1904 gebraucht, um dieselbe beantworten zu können. Also nun heißt es wieder: Abwarten! Wir waren immer der Meinung, daß die Leipziger Stadtbehörde in Punkte Sozialpolitik den anderen Städten vorangehe, doch diesmal haben wir uns täuscht, getäuscht. Was andere, auch kleinere Städte, ihren Arbeitern gewährleisten, das kann die fünfte Großstadt des Reiches nicht.

Wir erlauben uns nun die Anfrage: Wann wird wohl mit dem Bau dieser massenhaften Einrichtungen begonnen? Bis jetzt ist noch kein Anfang gemacht.

Die Leipziger Gasarbeiter sind nicht mehr gewillt, sich noch jahrelang vertrösten zu lassen. Sie werden für ihre Forderung: Einführung des Freischichtsystems, einzutreten wissen. Wenn der Rat meint, daß diese Forderung nicht von der Gesamtheit der Gasarbeiter unterstützt wird, so irrt er sich ganz gewaltig. Die Arbeiter werden in einer demnächst stattfindenden Versammlung den Rat von seinem Irrtum kurieren, und zeigen, wie sie über die Sache denken.

Ernst Berthold.

Aus unserer Bewegung.

Berlin-Schöneberg. Die Sektion Schöneberg hielt am 21. Juli bei Loh eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Stadverordneter Genosse Müller über „Die Zusammenfassung des Arbeiterausschusses und dessen Tätigkeit“ sprach. Der Referent erläuterte in sachlicher Weise die einzelnen Paragraphen, welche von der Stadtverwaltung als Grundlage für den zu errichtenden Arbeiterausschuss festgelegt worden sind. Es sei nicht zu verkennen, daß die Stadtverwaltung es sich habe angelegen sein lassen, etwas Brauchbares auf sozialpolitischem Gebiete zu schaffen. Dafür spreche u. a. die Bestimmung, daß ein Arbeiter, welcher als Ausschussmitglied gewählt wird, die Hälfte nicht gemindert werden darf. Die Sitzungen finden während der Arbeitszeit statt. Ein Lohnabzug für Teilnahme an den Sitzungen ist unzulässig. Jeder Arbeiter, welcher drei Monate im städtischen Dienst steht und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, ist wahlberechtigt; wer zwei Jahre im städtischen Dienst steht und ebenfalls im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, ist wählbar. Der Referent schloß seinen Vortrag mit dem Appell an sämtliche Anwesenden, die neuen Rechte durch gute Organisation zu stützen und zu sichern.

In der Diskussion sprachen sämtliche Redner ihre Zufriedenheit aus mit den Grundlagen, auf welchen der Arbeiterausschuss errichtet werden soll. Sie bedauerten aber lebhaft, daß für die weiblichen Arbeiter keine Vertretung vorgesehen ist. Es wird nunmehr Pflicht der Ausschussmitglieder sein, danach zu streben, daß auch für die bei der Stadt beschäftigten Frauen eine Vertretung im Arbeiterausschuss geschaffen wird.

Die Forderungen eines bürgerlichen Vertreters in der Verkehrsdeputation, welcher meinte, „Frauen seien große Kinder, und aus diesem Grunde seien sie zur Vertretung im Ausschuss ungeeignet“, wurden zurückgewiesen.

Was die Versammlung aber ganz besonders lebhaft machte, war das Verhalten des Vorsitzenden des hier noch bestehenden Einheits-Linderischen Vereins der Straßenreiniger und seiner Freunde. Dieser Herr Vorsitzende gab unmissverständlich zu, daß er die Ziele und die Ziele unseres Verbandes voll und ganz anerkenne, aber für die Straßenreiniger könne er den Verband nicht empfehlen. Aufgefordert, seinen Standpunkt zu begründen, vermute der Herr nichts Geheimnis vorzubringen und gab schließlich ganz ausreichende Antworten, wo bei er sich immer mehr und mehr in Widersprüche verwickelte. Das wurde sogar seinen eigenen Anhängern zu bunt, weshalb er von ihnen recht scharf angegriffen wurde.

Der selbige Lange charakterisierte in gebührender Weise die Handlungsweise dieses Vorsitzenden, indem er ihm den Vorwurf machte, daß er nur einzig und allein die Schöneberger Straßenreiniger vom Anstich an unseren Verband abhalte. Das sei uns so trauriger, als er selbst schon früher bei uns organisiert gewesen sei und sogar den Vornamen eines Vertrauensmannes beileidet habe. Mollge Ellenbebe ermahnte zum Schluß noch recht eifrig für unseren Verband zu agitieren und schloß dann mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die Versammlung.

Giesfeld. Die am 19. August stattfindende Mitgliederversammlung war gut besucht. Mollge dankte für die Abrechnung; ihm wurde Entschuldigung erteilt. Mollge dankte sehr sehr herzlich für einen Vortrag über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, besonders dankte er die Wasserhebung der Gewerkschaften an Hand davon er bewies, daß die Wasserhebung in unserem Verbandsverbande am 1. April nach recht eifrig für unseren Verband war, daß unser Verband im Jahre 1905 bezüglich der Mitglieder-

stärke an 16. Stelle, bezüglich der Mitgliederzunahme gar an 10. Stelle stand. Hinsichtlich des Massenbestandes pro Kreis sehen wir dagegen an 48. der Einnahme pro Kreis gar an 56. Stelle. Hieran sei nur der niedrige Beitrag schuld, hinsichtlich dessen wir von den 64 Gewerkschaften die 61 seien. Die Verammlung beschloß, ab 1. Oktober den wöchentlichen Beitrag auf 40 Pf. zu legen. Zu Delegierten zu der am 23. September stattfindenden Bezirkskonferenz werden die Kollegen Gende und Garde gewählt. Stollge Grabs gab den Geschäftsbericht für die ausgearbeiteten Vorkonferenzen und Steindrucker wurden 2. M. aus der Vollkassa bewilligt.

Görlik. Mitgliederversammlung vom 11. August. Zunächst verliest der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal. Auf Antrag der Revisionen wird der Kassierer entlastet.

Der zweite Punkt der Tagesordnung lautet: „Wie betreiben wir in Zukunft unsere Agitation.“ Der Vorsitzende gibt in längerer Ausführungen ein Bild der bisherigen Tätigkeit und betont, daß vor allem nötig sei, die bei vielen vorhandene Apathie abzustreifen. Jeder Kollege müsse selbst ein Agitator sein, um die noch fernstehenden an uns heranzuführen. Es müsse gelangt werden, daß nicht alle Peanite uns feindlich gegenüberstünden. Im Gegenteil, ein großer Teil derselben wünscht, daß auch wir vorwärts kommen. Es kann nicht mehr so weiter gehen, daß wir Göliger Magistratsarbeiter mit zu den rückständigsten gezählt werden. Wir sollten uns ein Ziel setzen an den gegenwärtig ausgebrochenen Streit der Bauarbeiter. Die Bauarbeiter fordern 32 Pf. Stundenlohn, wir Magistratsarbeiter müssen jedoch noch für 21 bis 25 Pf. fronden. Des weiteren haben wir an den Brauereiarbeitern ein gutes Vorbild. Mit Hilfe ihrer starken Organisation haben sie sich einen guten Lohnzins errungen. Wenn also auch wir vorwärts kommen wollen, so müssen alle Kollegen dafür eintreten, genau die Tagesfragen verfolgen und die Volkszeitung unterstützen.

In der Diskussion wurde angeführt, daß die Agitation gegenwärtig sehr schwierig sei. So erbitten die Gasarbeiter von der neuen Gasanstalt eine ganz bedeutende Verringerung, trotzdem schon jetzt gegenwärtige Wahrnehmungen gemacht werden.

Ein Beispiel, daß man auch höhere Löhne zahlen kann, wenn man nur will, ist folgender Vorgang: Der Bruder eines größeren Restaurateurs war circa 3 Wochen in der Gasanstalt beim Hochlegen beschäftigt, erhielt 30 Pf. Stundenlohn, die übrigen jedoch nur 25 Pf. Hier kann man auch sagen, ja, wer den Pfort im Pfort hat...

Dem Ausschuß und von der Moralisation ist zu berichten, daß am 1. August der niedrigste Entlohnung eine Zulage von 1 Pf. pro Stunde erfolgt ist. Bei der Moralisation sind nur noch 3 Unorganisierte vorhanden.

Haarfeuliches wurde von der Straßeneinigung berichtet. Von einer Zulage ist nichts zu hören, im Frühjahr „soll“ es etwas geben. Im Winter sollen die Kollegen demnach wieder mit 13.85 M. zuhause gehen.

Als Kuriosum wäre noch zu berichten, daß die schwarzen Brüder in Christo, die hier bei uns unter Mithilfe der Öffentlichkeit so beweglicher, ein Schreiben, welches sie als Petition benannt, ganz im Geheimen nach dem Mathaure transportiert haben. Das war im Juni. Erfolg? „meint“.

Jedoch, auf Kollegen, besingt diese unheilvolle Zerklüftung. Denn nichts wird dadurch erreicht. Laßt Euch nicht betören, wenn man Euch gelobte Verge verspricht, selbst dann nicht, wenn ihr „Jagar“ Vorarbeiter werden sollt. Vergeßt nicht, daß ihr alle an einem Strick zu stehen habt. Wir haben noch sehr viel zu tun, um Einfluss auf die Behörden zu gewinnen. Sorgen wir dafür, daß sich Magistrat und Stadtverordneten Kollegium nochmals mit unserer Petition befassen müssen, damit ein Resultat erzielt wird.

Zur besonderen Beachtung! Unsere Mitgliederversammlungen finden von jetzt ab alle 3 Wochen statt. Die nächste am 1. September.

Hamburg. Generalversammlung am 16. August im Hamburger Passhaus. Nachdem der Antrag W. d. r. s. die Abrechnung über das zweite Quartal 1906 zurückzustellen, angenommen, erhielt zu dem Antrag der Geschäftsleitung: Festschreibung des Einheitsbeitrages der Filiale Hamburg Altona und Umgebung auf 50 Pf. für männliche Mitglieder und 35 Pf. für weibliche Mitglieder pro Woche. Ausbau der Kassa, Erwerblosen und Hinterbliebenen Unterstützung, erhielt der Kollege Z. d. b. n. den Antrag folgendermaßen: Wir beantragen eine Erhöhung des Beitrages, um unsere Organisation fest und werkschäftiger zu machen. Nach unserem Antrage soll der Wochenbeitrag um 100 Prozent erhöht werden. Dieser Antrag mußte erklärterweise bei allen unseren Verbandskollegen das lebhafteste Interesse wecken. Erklären wir es auch, wenn viele die Notwendigkeit einer solchen Beitragserhöhung nicht ohne weiteres anerkennen vermögen. Aber weniger erklärlich ist es mir, daß aus allen Gruppen berichtet werden konnte, die Kollegen sind gegen den Antrag und wollen denselben unter allen Umständen niederstimmen. Wie kann man über einen Antrag ein fertiges Urteil haben und dasselbe verurteilen wollen, bevor man unsere Gründe gehört? Wir können verlangen, daß wir nicht vernichtet werden, wenn man uns noch nicht beurteilen kann. Sollte das Ungeheuer bei uns Platz finden, so kann ich das nur sehr bedauern. Ich habe wohl ein Recht, auf meine bisherige

Tätigkeit unter Euch und für Euch hinzuweisen. Wer von Euch ist imstande, daß unter meiner Tätigkeit Euch innererwärts auch nur ein einziger Antrag unterbreitet wurde, dessen Verwirklichung nicht zum Wohle unserer Bewegung gedient hat? Haben wir Euch auch nur ein einziges Mal Zusatzen gestellt, die Euch zu Misstrauen gegen uns berechtigten? Ja, mehr: Ist solches Misstrauen überhaupt jemals in irgend jemanden von Euch ernstlich gegen uns aufkommen? Wer unter Euch sich nicht aus Versehen gegen unseren Antrag selbst belügen will, muß antworten: Nein! Ehrlicher Weise müßt ihr erklären: Unsere Zeitung hat uns stets in selbstloser Weise und nach ihren Kräften gedient? Damit will ich natürlich nicht bezwecken, daß ihr Euch nun der Streit um unsere Anträge enthalten sollt, daß ihr unsere Anträge nicht ablehnen dürft. Im Gegenteil: Streit bedeutet Leben. Wer nach erfolgter Besprechung unserer Anträge aus ehrlicher Ueberzeugung zu einer Ablehnung kommt, der soll dies unter allen Umständen tun. Aber wir verlangen, daß jeder vorurteilsfrei an die Beratung geht. Hört uns und dann entscheidet! — Woran liegt es wohl, daß ehemals alle gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen niedrige Beiträge hatten und diese nach und nach erhöhen mußten? Der Ursachen sind mancherlei. Aber zwei derselben müssen jedenfalls hervorgehoben werden. Erstens: Im Kindesalter der Organisation, wenn diese, kaum geboren, noch klein und schwach ist, wird niemand erwarten, daß sie wesentliche Leistungen vollbringen soll. Das ändert sich mit der Zeit und in dem Maße, wie die Organisation selber wächst. Ist die Organisation größer geworden, wollen die Mitglieder Taten sehen. Die Mitglieder wollen sehen, daß die Organisation die Arbeits- und Lohnverhältnisse verbessert, sie vor brutaler Behandlung schützt, und ihnen sonst noch in der Not beisteht. Hierzu will ich nur auf ein Beispiel verweisen: Im Anfang des Jahres 1901 zählte unsere Organisation circa 20 Mitglieder. Damals wurden auch schon bin und wieder Mitglieder gemahregelt. So unter anderen auch auf der Münze. Es wurde aber nicht von uns verlangt, daß wir deshalb mit einem Gegenantrag antworten sollten. Ganz anders jetzt. Als vor kurzem vier Kollegen auf der Münze gemahregelt wurden, erklärten die Mitglieder: Diese Privolität können wir uns nicht gefallen lassen (Sehr richtig!) Dieser Aufsatz muß mit Nachsichtigen beantwortet werden: (Lebhaftes: Sehr richtig!) Wir müssen getrieben der Verwaltung die Arbeit vor die Nase werfen und selbst wenn wir damit unmittelbare Vorteile überhaupt nicht erlangen können! Unsere Arbeiterehre erfordert, daß wir uns wehren! (Lebhafter Beifall.) Ja, so ändern sich mit der Zeit die Verhältnisse, steigen die Anforderungen unserer Mitglieder. Andererseits erwarten die Mitglieder aber auch die Beiträge des Verbandes in Kostfällen. Das ist nun einmal Tatsache. Freilich, wenn es sich in den Versammlungen darum handelt, für Unterstützungszwecke durch höhere Beiträge die Mittel aufzubringen, dann heißt es: Dazu ist der Verband nicht da. Dann hat das Besondere Wert Gültigkeit: Nehmen wir selber als geben. Aber schließlich kommen doch sehr viele zum Verband, um Unterstützung zu erhalten. Dann läßt man keine Versammlungsmeinung zu Hause und sagt: Wenn der Verband, meine Kollegen nicht helfen, an wen soll ich mich dann wenden? Kollegen, wir haben darin Erfahrung und wissen daher, was das Gros der Mitglieder alles vom Verbande haben will. Aber vor allen Dingen kommen in Frage die Forderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete. Immer mächtiger und drohender erhebt die wirtschaftliche und politische Reaktion ihr Haupt. Eine gewaltige Macht stellt sich uns in den Organisationen der Kapitalisten gegenüber. Als Produzenten vereinigen sie sich in starksten aller Art, um uns, die Masse der Konsumenten, zu erschöpfen, indem sie wirtschaftlich die Preise auf Marktenbedarfsartikel senken. Die Vereinigungen sind so stark, daß sie selbst dem politischen Staat diktieren. Freigeklärt sind: Die Minister können uns sonst was! Und als Konsumenten sind wir noch diesen Mächten wehrlos überliefert. Wir müssen zahlen, und immer mehr zahlen, ob wir wollen oder nicht. Aber um nichts weniger wissen die Leute durch ihre Organisation ihren Willen als Arbeitgeber durchzusetzen. Hier lautet für sie die Parole: Wir konnten wohl bewilligen, das fällt uns aber gar nicht ein! Den Arbeitern soll die Nutzung des Koalitionsrechts praktisch unmöglich gemacht werden. Keine höhere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter, nein, wenn es angeht, die Arbeiterorganisationen strengen, und dann den Arbeitern den Fuß in den Rücken setzen, sie zu recht- und willenlosen Geleuten machen. Und sind die staatlichen und städtischen Verwaltungen als Arbeitgeber viel besser?

Der Preislaue Ueberbürgermeister entläßt eine Arbeiterdeputation, die um eine Erwerbszulage bittet. Bestimmtes: Für's Halberbacht Gasarbeiter dürfen nur einem Verein angehören, in dem der Gewerkschaftler Zutritt ist. (Sehr laut.) Der Vorsitzende Magistrat macht städtische Arbeiter freilos, weil sie sich weigern, Streikbrecher zu werden, das heißt, an die eigenen Arbeitsgenossen zu betreten zu werden. Und heute kommt wieder die Nachricht, daß in Ostka 26 städtische Arbeiter entlassen wurden, weil auch sie keine Streikbrecher werden, keine Schmutzdienste leisten wollten. (Große Bewegung.) Da wurde es hohe Zeit, daß der Verbandstag beschlossen, höhere Beiträge zu erheben, um den Verband auch finanziell mit der Zeit in den Stand zu setzen gegenüber solcher Arbeiterentziehung zu bekommen: Was bisher und nicht weiter! Es muß ausgebrochen werden: Gegenüber solchen Quantitäten und Gemeinheiten muß mit

einer MassenarbeitsEinstellung geantwortet werden können (Lebhaftes: Sehr richtig und Bravo!) Entweder wir lassen uns das alles ruhig bieten und treten dann aber auch ab von der Wildfläche, oder wir sind eine Vertretung der Arbeiter und wehren uns, wahren unser Ansehen und unsere Ehre, unsere heiligsten Güter! (Präulen der Partei!) Aber mehr: Wer will wissen, ob nicht zukünftig noch drastischere Mittel gegen uns in Anwendung kommen. Wird man vielleicht nicht versuchen, ebenso wie die Zigarrenmacher in der Privatindustrie, bei Lohnbewegungen durch Massenarrestationen unsere Organisation zu vernichten? Der Hamburger Senat sagt in seinen Motiven zu dem Versorgungsstellen Antrage: „Die Arbeiter des Staates sollen zu diesem in keinem wesentlichen anderen Verhältnis stehen, wie die Arbeiter in der Privatindustrie zu ihren Arbeitgebern.“ Das Wort braucht nur auf die allgemeine Behandlung der Arbeiter übertragen zu werden — und fertig ist die Sache. Es kommt, wenn die Arbeiter der Gewerke oder überhaupt solcher Betriebe streiken, in denen man die Arbeiter notwendig gebraucht, man uns die Bedingung stellt: Wird hier nicht die Arbeit aufgenommen, sperren wir die 1500 bei der Baudeputation und im Strom- und Gasenbaubetrieb beschäftigten Arbeiter aus. Sollen wir dann reumützig zu Straze kriechen, oder sollen wir solche Nischenlätze als etwas Unvermeidliches hinnehmen? Wollen wir eine moderne Arbeiterorganisation nicht bloß in Worten, sondern auch in Taten und dem Geiste nach sein, dann kann uns die Entscheidung nicht schwer fallen. Und denken denn nicht alle Anzeichen darauf hin, daß uns Arbeitseinstellungen nicht erspart bleiben? Was hat denn der Hamburgische Staat im Laufe dieses Jahres für die Arbeiter getan? Lohn erhöhungen sind für die Arbeiter eingetreten, aber in einem Maße, das auch nicht entfernt zulängst. In vielen Familien ist die Not so groß, daß die Mägen Steine erreichen können. Es müssen entweder die Löhne mehr erhöht werden, oder wir müssen zu Arbeitseinstellungen greifen. Wir müssen so dastehen, daß der Staat mit uns rechnen muß. Wir werden immer den Weg der gütlichen Verständigung suchen, aber man muß uns für ehrliche Arbeit auskömmlichen Lohn zu ehrlichem Leben geben! (Beifall.) Nach den Beschlüssen des Verbandstages beträgt der eigentliche Verbandsbeitrag wöchentlich 35 Pf. für männliche Mitglieder und 25 Pf. für weibliche Mitglieder. Davon erhalten wir ein Viertel. Bisher war der Verbandsbeitrag 20 bzw. 15 Pf., wir erhielten davon ein Drittel oder von 20 Pf. immer 6 2/3 Pf. Mit dieser Einnahme vermochten wir auszukommen, bis unser Ortsbureau errichtet wurde. Dann mußten wir 5 Pf. pro Woche mehr erheben. Wir hatten jetzt für die Vollkasse eine Einnahme von 11 2/3 Pf. pro Woche und Mitglied. Von dem 35 Pf. Beiträge werden wir 8 1/3 Pf. erhalten. Das macht, ohne Vollzuschlag, eine Mindereinnahme von wöchentlich 3 1/2 Pf. Wir können also die 5 Pf. Ortszuschlag nicht entbehren, wenn wir nicht unser Ortsbureau abschaffen wollen. Und das wird keiner von Euch wollen. Dann muß also der Beitrag 40 Pf. werden. Wir haben dann eine wöchentliche Einnahme von 13 2/3 Pf. Davon müssen wir an den eingerichteten Unterstützungsfonds, den wir nicht wieder abschaffen können, 2 Pf. geben, so daß noch 11 1/3 Pf. bleiben. Mit dieser Einnahme würde die Filialverwaltung den bisherigen Anforderungen genügen können. Nun kommt aber eine Mehrausgabe für Beitragsersammlung. Bisher erhielten die Beitragsammler für ihre Vermittlungen eine Vergütung von 12 Prozent der an ordentlichen Wochenbeiträgen eingesammelten Gelder. Alle zwei Wochen holten sie die Beiträge zusammen, verbreiteten „Die Gewerkschaft“ und sonstiges Agitationsmaterial; jedes Mitglied zahlte 50 Pf. Beitrag, von welchem dem Beitragsammler 6 Pf. gehörten. Für diese Vergütung waren Beitragsammler in genügender Anzahl schon immer nicht zu bekommen.

Der Vorstand hat beschlossen und den Distriktsführern eingeschärft: Ein Beitragsammler soll höchstensfalls 30 Mitglieder zugewiesen bekommen. Aber der Beschluß war nicht ausführbar, weil sich nicht genügend Beitragsammler fanden. Eine große Anzahl hat über 60 Mitglieder, 10 haben über 70, 3 über 80 und 3 über 90. Das ist für die Kollegen viel zu viel Arbeit; sie kann unmöglich ordentlich besorgt werden. Daher denn auch die vielen Klagen über unpünktliche Beitragsersammlung. Jedenfalls ein unbaltbarer Zustand nun aber laßt eine noch größere Schwierigkeit auf. Es wird den Mitgliedern schwer fallen, alle zwei Wochen 80 Pf. zu zahlen. Wir müssen deshalb die Beiträge einwöchentlich einsammeln lassen. Damit verdoppelt sich die Arbeit der Beitragsammler. Eine doppelt so hohe Vergütung können wir ihnen aber nicht zahlen. Einen so hohen Beitrag, allwöchentlich 6 Pf., können wir von den uns bleibenden 11 1/3 Pf. pro Woche nicht müssen. Hinzu kommt, daß in mehreren Betrieben periodenweise Sonntags und an Werktagen abends gearbeitet wird. So zum Beispiel kann es kommen, daß die Straßeneiniger im Winter, wenn viel Schnee fällt, viele Sonntage hintereinander arbeiten müssen. Wann sollen die betreffenden Kollegen, wenn sie Beitragsammler sind, dann die Beiträge zusammenholen? Bei dem höheren Beiträge muß aber alle Woche einfließen werden. Wir werden deshalb, zeitweilig wenigstens, gezwungen sein, gegen regelrechte Bezahlung die Beiträge einsammeln zu lassen. Auf jeden Fall muß aber für die einwöchentliche Beitragsammlung 5 Pf. pro Woche

mehr Beitrag gezahlt werden. Damit wäre der Wochenbeitrag 45 Pf. geworden. Was können wir dafür den Mitgliedern bieten? 1. Die Gewähr, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bessere werden. 2. Die Notfallunterstützung. 3. Eine Unterstützung von 50 bis 75 M. im Sterbefalle der Ehefrau. Die Zentralkasse zahlt eine Hinterbliebenen-Unterstützung von 60 bis 150 M.; außerdem eine Erwerbslosen- (kranken- und Arbeitslosen-) Unterstützung von 4 M. pro Woche für männliche Mitglieder, 3 M. für weibliche Mitglieder. Diese letztere Unterstützung ist jedenfalls für Hamburger Verhältnisse sehr minimal. Und nun entfällt die Frage: Was wird das Gros der Mitglieder lieber wollen: 45 Pf. Wochenbeitrag und 4 M. wöchentliche Unterstützung, oder 50 Pf. Beitrag und 7,50 M. wöchentliche Unterstützung? Für die 5 Pf. pro Woche mehr Beitrag mit dem übrigen Teil für Unterstützungszwecke zusammen können wir zu der verbandsseitigen Unterstützung von 4 M. noch 3,50 M. hinzuzählen. Dann haben wir eine annehmbare Unterstützung für unsere Mitglieder, wenn sie arbeitslos oder krank sind. Als Mitglied würde ich mich für das letztere entscheiden. Ich habe eingehend nachgewiesen, daß die vorgeschlagene Beitragserhöhung bis zu 40 Pf. pro Woche ein Gebot der absoluten gewerkschaftlichen Notwendigkeit ist. Die 10 Pf. mehr, 50 Pf. pro Woche, sollen lediglich Verwendung finden im unmittelbaren Interesse der Mitglieder. Wohl wissen wir, daß es vielen Mitgliedern sehr schwer fallen wird, den höheren Beitrag aufzubringen. Aber die ehrene Notwendigkeit zwingt uns mit dem Antrage an die Mitgliedschaft heranzutreten. Würden wir es nicht tun, uns würden später die schwersten Vorwürfe treffen. Unser Antrag entspricht unserer ehrlichen Ansicht. Was konnte uns daran liegen, mit einer solchen Vorlage zu kommen, wenn uns nicht das Wohl unserer Bewegung leitet. Wir wissen sehr gut, daß es großer Agitation bedarf, alle unsere Mitglieder von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit unseres Antrages zu überzeugen. Das wird eine große Arbeit, der wir uns entziehen könnten, wenn wir anders handelten, damit aber auch unsere Pflicht als Organisationsleitung vernachlässigten. Und nun die Angst vieler vor der prophezeiten Mitgliederflucht. Gewiß werden Mitglieder kurzfristig genug sein, wegen des höheren Beitrages auszutreten. Aber was wird denen schließlich übrig bleiben? Sie werden durch die Verhältnisse gezwungen werden, später wieder zu uns zu kommen. Diese Entscheidung hat sich noch überall und zu allen Zeiten gezeigt, wenn die Gewerkschaften höhere Beiträge beidlossen hatten. So z. B. hat der Gasenarbeiterverband, als er vor zwei Jahren keine Beiträge von wöchentlich 25 Pf. auf 45 Pf. erhöhte, von mehreren seiner Hamburger Sektionen über ein Drittel der Mitglieder verloren und heute ist keine Mitgliederzahl, auch in den fraglichen Sektionen, viel größer als zuvor.

Woher kommt das? Sobald die Arbeiter unmorganisiert oder doch schlecht organisiert sind, haben sie keinen Einfluß auf die Regelung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse mehr. Die Löhne bleiben konstant, die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern sich, wandeln sich zum Nachteil der Arbeiter. Diese bringt schließlich die Not, in Lohnkämpfe einzutreten. Dann muß jeder mit, oder er muß Dreifacher werden. Da gibt's keine dritte Wahl. Bei der Spannung und Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe, sowie bei der so sehr verbesserungsbedürftigen Lage der staatlichen und städtischen Arbeiter wäre es für uns geradezu wirtschaftlicher Selbstmord, wenn wir jetzt unsere Organisation für 25 Aufseherlinge verraten würden. Ich bin dann auch überzeugt: Ihr werdet unseren Antrag annehmen, und alle werden nun erst recht mitarbeiten für die Organisation, für das wirtschaftliche und soziale Wohl der staatlichen und städtischen Arbeiter! (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion war sehr lebhaft. Gegner und Freunde des Antrages sprachen abwechselnd unter dem Beifall der Versammlung. Nach einem kurzen Schlußwort Zschünergs wurde der Antrag der Geschäftsleitung von der von reichlich 600 Mitgliedern behenden Versammlung mit allen gegen 16 Stimmen angenommen. Wegen vorgerückter Zeit erfolgte Schluß der Versammlung.

Totenliste des Verbandes.

<p>Franz Oehme, Leipzig † im August 1906 im Alter von 59 Jahren</p>	<p>August Blechschmidt, Leipzig † 10. August 1906 im Alter von 64 Jahren</p>
<p>Hermann Günther, Leipzig † im August 1906 im Alter von 59 Jahren</p>	<p>Hermann Werner, Berlin † 10. August 1906</p>
<p>Johann Amberg, Köln † 15. August 1906 im Alter von 30 Jahren</p>	
<p>Ehre ihrem Andenken!</p>	

Beilage zu Festschrift des Verbandes der in Gemeinde und Staatsbetrieben Beschäftigten Arbeiter und Unter-Beamteten. Verantwortlicher Redakteur: G. Bäcker, beide Berlin W. 30, Unterfeldstr. 24. — Druck: Fortwärtz Buchdruckerei; und Verlagsanstalt Paul Zenger & Co., Berlin SW. 64, Lindenstr. 89